

Danziger Zeitung.

№ 10 056.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Reichshagenstraße No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 450 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Zeile oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 21. Novbr. Das offizielle „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ meldet aus Zara: Mukhtar Pascha concentrirt 20 Bataillone in Carina unweit Vergatto an der österreichischen Grenze, angeblich um dieselben über österreichisches Gebiet in Gravoja (nordwestlich von Ragusa) nach Konstantinopel einzuschiffen. Tatsächlich ist die Ankunft türkischer Transportschiffe in Gravoja avisiert. 5 türkische Bataillone sind bereits in Carina angekommen.

Konstantinopel, 21. Novbr. Abdul Kerim Pascha ist hier eingetroffen.

Brüssel, 21. Novbr. Der „Moniteur belge“ meldet: Nach Mittheilung des belgischen Consuls in Malta zeigte das dortige Lokal-Gouvernement der Handelskammer an, daß in den Hafeneingängen von Odeffa, Kertsch, Sebastopol und Dschakoff Torpedos gelegt sind.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 20. Novbr. Der Marquis von Salisbury hat mit dem ihm zugetheilten Beamtenspersonal heute London verlassen, wird heute in Paris, morgen in Berlin, am Donnerstag in Wien eintreffen und bis zum Sonnabend oder Sonntag in Wien verweilen. Die Ankunft in Triest ist auf nächsten Montag, diejenige in Konstantinopel auf den 1. Dezember festgesetzt.

Ragusa, 20. Novbr. Die Hafenbehörde hat den hiesigen Kaufmannsstand, sowie die Rhebeden davon benachrichtigt, daß die russische Regierung sämtliche Häfen des schwarzen und des azow'schen Meeres während der Nachtzeit für die Schifffahrt geschlossen habe. Bei Tage müssen die Schiffe neben dem Stationschiff auf der Rhebe ankommen.

Pera, 20. Novbr. Die Pforte hat den bei ihr accreditirten Boten eine Note zugestellt, in welcher sie wegen der Verletzung des Waffenstillstandes durch die Serben bei Bulowiz und Hagosna Protest erhebt. Eine andere Note der Pforte ersucht die Großmächte um ihre Vermittelung wegen Zulassung der Verpflegung der Festung Nikitsch während des Waffenstillstandes.

Reichstag.

12. Sitzung vom 20. November.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Beratung den Gesetzentwurf betreffend die Schenke für den Rang von Nobben. — Es folgt die erste Beratung des vom Abg. Schulze-Dehns vorgeschlagenen Gesetzentwurfes betreffend die privatrechtliche Stelle der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; derselbe wird nach dem Vorschlage des Antragstellers in eine Commission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Darauf geht das Haus die zweite Beratung des Entwurfes eines Gerichtsverfassungsgesetzes fort. Die Beratung beginnt mit § 4, welcher lautet: „Die Gerichte sind Staatsgerichte. Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt. Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlobungssachen.“

Abg. Windthorst muß sich entschieden gegen diesen § erklären. Die Standesherren haben ein Recht, gegen eine derartige Vergewaltigung bei den Garantie-mächten der deutschen Bundesstaaten Schutz zu suchen. Insbesondere kann durch die Annahme dieses Paragraphen das Recht des Hauses Schönburg in keiner Weise als beeinträchtigt gelten; denn die Gerichtsbarkeit dieses gräflichen Hauses ist eine private, sondern ein Staatsgerichtsbarkeit. Sodann sehe ich die Nothwendigkeit des zweiten Absatzes dieses Paragraphen nicht ein, welcher die Wirkungslosigkeit der geistlichen Gerichtsbarkeit ausspricht. Es ist dies eine Frage, welche so tief in das Verhältnis zwischen Staat und Kirche eingreift, daß sie unmöglich so nebenbei entschieden werden kann. Von der Einschätzung für die Rechte, die dieser Paragraph ausübt, ist in keiner Weise die Rede.

Bundesbevollm. v. Arnberg: Die verbündeten

Regierungen haben es für ganz unzweifelhaft erachtet, daß das Reich befugt sei, eine Gerichtsbarkeit zu bewilligen, welche mit den Hauptgrundgesetzen zu vereinbaren sein kann. Die Zugeständnisse der früheren Verträge in der Wiener Schlußacte, auf die der Bundesrath sich berief, sind dem Reiche gegenüber von gar keiner Bedeutung, weil das Reich eben nicht Successor des früheren deutschen Bundes ist. Das Reich steht diesen Verträgen völlig frei gegenüber. Was das Haus Schönburg betrifft, so hat der Bundesrath bereits in der Commission sich dahin ausgesprochen, daß diesen Ansprüchen auf eine besondere Gerichtsbarkeit nicht als private, sondern als Staatsgerichtsbarkeit, ganz unbegründet sind. Die Reichsverfassung zählt die Staaten auf, welche das Reich bilden und für die also die Reichsgesetzgebung gilt; ein Staat Schönburg existirt aber für das Reich nicht. Die Aufhebung der geistlichen Gerichtsbarkeit wird durch den § 4 nur in weltlichen Angelegenheiten und ausdrücklich besonders bei Ehe- und Verlobungssachen ausgesprochen. Der Bundesrath hat übersehen, daß dies einfach eine Bestätigung des bereits bestehenden gesetzlichen Zustandes ist, wie er durch das Reichsgesetz betreffend die Civilehe und die Beurkundung des Personenstandes festgestellt worden ist.

Abg. Schulze: Die Wiener Schlußacte bestimmt ausdrücklich, daß die Gerichtsbarkeit, die darin den Mediatfürsten vorbehalten ist, den Landesgesetzen vollständig unterliegt. Es ist nun nicht zu bestritten, daß die Landesgesetzgebung der Einzelstaaten in Bezug auf das Gerichtswesen auf das Reich übergegangen ist. Es ist daher das Reich vollständig berechtigt, die Privatgerichtsbarkeit durch Reichsgesetze aufzuheben. Was den letzten Absatz des § 4 bezüglich der geistlichen Gerichtsbarkeit anlangt, so begreife ich gar nicht, wie der Abg. Windthorst dagegen sein kann. Er müßte sich im Gegentheil doch sehr darüber freuen, daß es hier ausdrücklich heißt: die geistliche Gerichtsbarkeit in weltlichen Dingen ist aufgehoben, und daß dadurch implizit die geistliche Gerichtsbarkeit in geistlichen Dingen anerkannt wird. In Oesterreich ist es durch die Gesetzgebung vom Jahre 1868 geradezu verboten, den Ausdrucks „geistliche Gerichtsbarkeit“ überhaupt anzuwenden.

§ 4 wird hierauf mit großer Majorität genehmigt. — § 5: (Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standrechte werden hiervon nicht berührt) wird ohne Debatte angenommen.

§ 5a, der von der Commission neu eingeschoben ist, lautet: „Die Gerichte entscheiden über die Zulässigkeit des Rechtswegs. Die Landesgesetzgebung kann jedoch die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten über die Zulässigkeit des Rechtswegs besonderen Behörden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen übertragen: 1) Die Mitglieder werden für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen befristeten Amtes oder, falls sie zu dieser Zeit ein Amt nicht bekleiden, auf Lebenszeit ernannt. Eine Enthebung vom Amte kann nur auf Veranlassung der Bundesversammlung bei den Mitgliedern des Reichsgerichts stattfinden. 2) Mindestens die Hälfte der Mitglieder muß dem Reichsgerichte oder dem obersten Landesgerichte oder einem Oberlandesgerichte angehören. Bei Entscheidungen dürfen Mitglieder nur in der gesetzlich bestimmten Anzahl mitwirken. Diese Anzahl muß eine ungerade sein und mindestens fünf betragen. 3) Das Verfahren ist gesetzlich zu regeln. Die Entscheidung erfolgt in öffentlicher Sitzung nach Ladung der Parteien. 4) Sofern die Zulässigkeit des Rechtswegs durch rechtskräftigen Urtheil des Gerichts feststeht, ohne daß zuvor auf die Entscheidung der besonderen Behörde angetragen war, bleibt die Entscheidung des Gerichts maßgebend.“

Bundesbevollmächtigter Leonhardt: Ich kann nur anheimgeben den vorliegenden Paragraphen abzulehnen, weil ich das Bedürfnis zu derartigen Bestimmungen bestritten muß, und das Reich nicht für befugt halte, solche in das innere Staatsrecht einschneidende Bestimmungen zu treffen. Die in fast allen deutschen Staaten eingeschlagene Richtung der Ausdehnung der Verwaltungsjustiz wird von selbst zu der gewünschten Ordnung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und ordentlichem Gerichtsbarkeit führen. Zur Zeit sind Kompetenzgerichte überflüssig. Wenn die Reichsgesetzgebung über die Verfassung derselben Vorschriften giebt, welche nur durch die Landesgesetzgebung verwirklicht werden können, ohne zugleich die Einrichtung solcher Kompetenzhöfe selbst vorzuschreiben, so fehlt den einzelnen Regierungen jede Garantie, daß sie sich mit den Landesvertretungen über die erforderlichen Gesetze vereinbaren können. Es entsteht daher die Gefahr eines Vacuums,

in welchem die bestehenden Kompetenzgerichte nicht fungiren, neue aber nach den Vorschriften des Reichsgesetzes nicht eingerichtet werden können. Diese Lage dürfen die einzelnen Regierungen nicht annehmen und es ist daher die Ablehnung des § 5a zu empfehlen.

Abg. Reichensperger (Dipe): Ich kann die von dem Justizminister hervorgehobene Gefahr nicht anerkennen, da ich nicht annehme, daß, wo zur Zeit Kompetenzgerichte bestanden und einem vorhandenen Bedingnisse entsprechen, die Landesvertretungen sich weigern sollten, dieselben nach den größeren Garantien bietenden Bestimmungen des § 5a zu reorganisiren. Wenn das Reich auf eine gesetzliche Feststellung der Kompetenz der Gerichte gegenüber der Verwaltung selbst verzichtet, so ist es mindestens erforderlich, vorzuschreiben, wie diejenigen Behörden beschaffen sein müssen, welche im Streitfall über die Kompetenz der Gerichte verfügen. Die Nothwendigkeit derartiger Garantiebestimmungen kann ich Ihnen am besten aus der Zusammenfassung des preussischen Kompetenzgerichtshofes herleiten, dessen Präsident in der Commission selbst für diesen § 5a gestimmt hat. (Hört! Hört!). Die beschaffenen Vorschriften sind in allen deutschen Staaten durchführbar und ihre innere Zweckmäßigkeit kann nicht bestritten werden. Eine gesicherte Handhabung des Rechts, welche bisher in verschiedenen Staaten durch eine übermäßige Erhebung von Kompetenzconflicten geschädigt worden, erfordert unbedingt derartige Garantien. Je mehr es in den Einzelstaaten zur Zeit noch an hinreichend klaren Bestimmungen über die Grenzen der Befugnisse der Verwaltungsbehörden fehlt, um so notwendiger erscheint es, wenigstens einige Garantien in der Verfassung des zur Entscheidung dieser Fragen berufenen Gerichtshofes zu suchen.

Abg. v. Schöning erklärt, daß die conservative Partei sich ablehnend gegen den § 5a verhalten würde, weil derselbe nach ihrer Auffassung ein Eingriff in die Rechte der einzelnen Bundesstaaten enthalte und nach den Erfahrungen der bestehenden Kompetenzgerichte nicht notwendig sei.

Bundesbevollmächtigter Leonhardt: Ich muß meine Ansicht, daß die vorliegende Frage nicht zur Kompetenz des Reiches, sondern der Landesgesetzgebung gehört, aufrecht erhalten. Wenn ich gleichwohl den § 5a nicht ausdrücklich für unannehmbar erklärt habe, so geschah dies nur, um in der zweiten Beratung ausschließlich mit rein sachlichen Motiven zu kämpfen. Es gab einen doppelten Weg, aus dem vorliegenden Dilemma zu kommen: entweder man entloß sich, den Begriff der Civilfreiheiten genau zu definiren und entfernte damit jede Möglichkeit eines Kompetenzconflictes, oder man überließ die Begrenzung der Kompetenz der Gerichte, als eine Frage des inneren Staatsrechts, der Bundesgesetzgebung. Stellen Sie von Reichswegen Normalbedingungen auf, so ist es keineswegs so sicher, wie der Redner glaubt, daß vor Ihrer höheren Autorität schnell eine Einigung der Bundesregierungen mit den Faktoren der Landesgesetzgebung über diese Frage erzielt werde. So herrscht zum Beispiel im preussischen Abgeordnetenhaus die Tendenz, die Kompetenzentscheidungen möglichst zu beschränken, während im Herrenhaus eine andere Meinung vorherrscht.

Abg. Lasker: Das Reich hat das Recht, diese Materie zu ordnen, wenn daraus auch den Einzelstaaten Schwierigkeiten erwachsen sollten. Ich gebe von dem Standpunkt aus, daß, wenn das Reich ein Gesetz macht, kein Einzelstaat sich gegen die Autorität des Reiches ablehnen wird. Die Commission hat sich trotzdem die möglichste Beschränkung auferlegt und sich nicht mit der Definition befaßt, was eine bürgerliche Streitfache sei, sondern den Einzelstaaten die Befugnis der Abgrenzung der gerichtlichen Kompetenz überlassen, und nur einige Bedingungen dieser Entscheidung festgesetzt. Die Bestimmungen des § 5a gehören zu den Bedingungen, welche nothwendig sind, damit die Civilprozeßordnung ins Leben treten kann. Das Gerichtsverfassungsgesetz beschäftigt sich mit der Gerichtsprozedur, d. h. mit der Form und der Behandlung der Streitigkeiten vor Gericht. Die Kompetenzconflicte wollen nun das Verfahren vor Gericht zum Stillstand bringen und deshalb gehört diese Materie ebenfalls zu den Bedingungen und Voraussetzungen des Verfahrens. Man kann mir nicht entgegenhalten, die Negative des Verfahrens, der Stillstand desselben, sei kein Theil des Verfahrens selbst. Es wäre dies gerade so, als wenn man sagen wollte, der Tod ist die Negative des Lebens, folglich ist er kein Theil des Lebens, und deshalb hat eine Arbeit, die die Bedingungen des Lebens behandelt, den Tod nicht zu berücksichtigen. Die sachlichen Schwierigkeiten, welche der preussische Justizminister bei dieser Materie findet, sind nicht vorhanden. Der erste Satz des § 5a hat ja nur die Bedeutung, daß

die Gerichte über streitige Justizsachen selbstständig zu entscheiden haben, also nicht darüber, ob eine Sache Justizsache oder Verwaltungssache sei. Nach Lage der jetzigen Gesetzgebung in Preußen, fehlt es auch an einer Bestimmung darüber, was Justizsache, was Verwaltungssache sei, gänzlich. Der Versuch, welcher in der Commission gemacht wurde, die Verwaltungsgerichte den Verwaltungsbehörden zu subsumiren, fand den lebhaftesten Widerspruch. Da es nun in Preußen nach der angegebenen Richtung hin eines ergänzenden Gesetzes bedarf, so sind die im § 5a gegebenen Normativbestimmungen Preußen nicht gefährlich. Sodann hat der preussische Justizminister gesagt, der § 5a greife in das innere Staatsrecht der Einzelstaaten ein. Aber bei jedem einzelnen Paragraphen des Gerichtsverfassungsgesetzes haben wir es mit dem inneren Staatsrecht zu thun; die Gerichtsverfassung gehört eben zum inneren Staatsrecht. Man darf nur inneres Staatsrecht nicht mit Verwaltungsrecht verwechseln. In das letztere greifen die von der Commission vorgeschlagenen Bestimmungen nicht ein. Die Commission hat die Lage der Einzelstaaten vollständig übersehen. In einzelnen Staaten ist der Rechtsweg unbeschränkt zulässig; in anderen haben sich die Minister als Kompetenzrichter aufgeworfen und in Preußen besteht ein Kompetenzgerichtshof, der seiner inneren Natur nach ganz unhaltbar ist; denn er lebt sich an eine Institution an, welche in Preußen thatsächlich gar nicht mehr besteht, den Staatsrath. Die Angelegenheit bedarf deshalb durchaus einer Regelung. Wir befinden uns inmitten einer Reichsangelegenheit um die Regelung der Formen, in welchen Recht gesprochen werden soll. Wenn das Reich die Garantie übernimmt, daß alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in der Form des Rechts entschieden werden, so müssen auch Garantien dafür gegeben werden, daß in angemessener Weise darüber entschieden werde, ob eine Sache überhaupt zum Rechtstreite sich eignet. Ich bitte Sie daher, den Vorschlägen der Commission Ihre Zustimmung zu geben, zumal der preussische Justizminister nicht im Stande gewesen ist, materiell diese Bestimmungen anzugreifen.

Referent Miquel empfiehlt ebenfalls die Commissionsvorschläge zur Annahme; dieselben seien zwar keine Musterparagraphen für die Gesetzgebung, aber nach Lage der Sache nicht zu entbehren. Die Berechtigung des Reiches, die notwendigen Bedingungen für die Regulirung des Prozeßverfahrens aufzustellen, sei nicht zu bezweifeln und wenn das Reich in der Lage sei, den Einzelstaaten gewisse Befugnisse ganz zu nehmen, so könne es dieselben auch einschränken.

§ 5a wird in namentlicher Abstimmung mit 253 gegen 39 Stimmen angenommen, für denselben stimmen die Fortschrittspartei, die National-Liberalen und das Centrum; ferner die Abgg. v. Nordde, Römer (Württemberg) und v. Bernuth; gegen denselben die conservativen (incl. der freiconf.) Parteien. — Das Haus genehmigt ohne Debatte die §§ 6—9, die Gerichtsbarkeit der Boten betreffen.

Tit. 2 (§ 10—13) handelt von den Amtsgerichten. § 12 bestimmt, daß Klagen über vermögensrechtliche Ansprüche bis zu 300 A. vor diese Gerichte gehören sollen. Abg. Windthorst beantragt an Stelle von 300 A. zu setzen 500 A. — Abg. Pfaffert (Oberamtsrichter) empfiehlt die Annahme dieses Antrages mit besonderer Rücksicht auf Hannover, für welches die Summe von 300 A. zu niedrig bemessen sei. — Justizminister Leonhardt bittet den Antrag abzulehnen; es habe vielfach die Tendenz vorgeherrschet, den Geschäftskreis der Amtsgerichte zu erweitern; besonders in Strafsachen sei die Commission dieser Tendenz vielleicht zu weit gefolgt. Nach händlichen Verhältnissen wäre der Antrag unbedingt anzunehmen; aber besonders für die alten preussischen Provinzen seien die Amtsgerichte doch eine zu neue Einrichtung, als daß man ihnen von vornherein eine so weite Kompetenz geben könne. — Abg. Grumbrecht: Wenn die Commission nach schweren Kämpfen sich auf die Kompetenzhöhe von 300 A. geeinigt habe, so habe dies nur auf Grund eines Compromisses geschehen können, und wolle man nicht das Zustandekommen eines geistlichen Beschlusses überhaupt wieder in Frage stellen, so dürfe man an diesem Compromiß nicht rütteln. — Abg. Lasker: Man dürfe nicht die Zustände eines Landes theils wie Hannover in der Weise, wie hier geschehen, in den Vordergrund stellen. In der an Umfang und Bedeutung überwiegenden Mehrzahl der deutschen Staaten werde die Grenze von 300 A. für die Kompetenz der untersten Gerichte noch nicht erreicht; und das Ansehen der Amtsgerichte werde jedenfalls tief geschädigt, wenn man später durch die thatsächlichen Zustände gezwungen würde, eine jetzt so hoch gegriffene Grenzhöhe der Kompetenz wieder herabzusetzen. — Abg.

Sinfonie-Concert.

Das erste Sinfonie-Concert dieses Winters im Apollo-Saal hatte durch zwei Novitäten eine interessante Physiognomie, war auch sonst mit würdigen und schönen Orchesterwerken ausgestattet, dazu mit einer von der Opernsängerin Fräul. Gally vorgebrachten Arie. Von den beiden zum ersten Male aufgeführten Stücken fand der Trauermarsch aus Wagner's „Götterdämmerung“ entschieden die lebhafteste Theilnahme. Es ist nur ein kleines Bruchstück aus dem vierten Nibelungen-Drama, gehört aber zu den Momenten, welchen auch die gegenwärtige Kritik fast einstimmig volle Gerechtigkeit hat widerfahren lassen, wie denn überhaupt das Bayreuther Orchester in seiner meisterhaften Zusammenstellung sowohl, als auch in der großartigen Aufgabe, die Wagner diesem außerlesenen Tonkörper gestellt hat, ziemlich allgemein, namentlich von Musikern als der Höhepunkt jener Festspiele bezeichnet wird. Von dem Musikstücke des Drama's selbst kann das verhältnismäßig kurze Orchesterstück natürlich nicht entfernt eine Ahnung geben und es klingt eigentlich seltsam, wenn ein so kleiner Bruchtheil des Ganzen, noch dazu ohne Kleiner, als Krone eines Werkes genannt wird, das der Natur der Sache nach seinen eigentlichen Schwerpunkt und den Gipfel seiner Schönheiten doch in den musikalisch reflectirenden handelnden Personen, also in den Sängern finden sollte. Referent war nicht so glücklich, sich über

Wagner's neueste That an Ort und Stelle informieren zu können, davon aber ist er schon längst durchdrungen, daß der Dichter-Componist die Orchesterfarben zu wundervollen Effecten zu mischen versteht und daß nach dieser Seite hin seine geniale Meisterhaftigkeit außer Frage steht, bei Freund und Gegner. Der Trauermarsch aus der „Götterdämmerung“ zeichnet sich durch eine tief ernste, weihenolle Stimmung aus und ist ein grandioser Vorwurf für den Tod eines Helden. Ohne directe Anklänge wahrnehmen zu lassen, fühlt man sich unwillkürlich auf den düstern Ton, auf die tiefe Tragik in dem Trauermarsch der heroischen Sinfonie von Beethoven hingewiesen. Ein Abganz des Beethoven'schen Geistes weht jedenfalls in den Klängen Wagner's, auch in den Moll- und Dur-Contrasten, die in dem Wagner'schen Marsche auftreten, natürlich mit den harmonischen und rhythmischen Eigentümlichkeiten und mit der Breite der Melodie, wie sie die originelle Seite des Opernreformators bilden. Das Klangcolorit wirkt ergreifend und die volle harmonische Sättigung durch die tiefen Holzblasinstrumente, durch die Hörner und den Posanenchor ist von großer Schönheit. Wagner bewährt in der Wahl seiner Farben eine Feinsinnigkeit und eine Herrschaft über die gesammten Orchestermittel, wie sie scheinbar ein zweiter unter den jetzt lebenden Tonsetzern besitzt. Das Musikstück, aus dem unterirdischen Orchester in Bayreuth emporschwellend, und in jener

vollendeten Ausführung muß einen wahrhaft erhebenden Eindruck hervorgebracht haben. Hier machten sich manche Härten in den Blech-Einsätzen bemerkbar, auch die Dynamik bedurfte einer feineren Ausfeilung, aber auch in dieser sehr annehmbaren Gestalt sind wir dem Orchester und seinem Dirigenten Herrn Käppler für den schönen Trauermarsch dankbar. — Die sinfonische Dichtung „Phaeton“ von dem französischen Componisten Saint-Saëns gehört dem Genre der jetzt herrschenden Programm-Musik an. Ein Vorwort giebt über den Inhalt Aufklärung. Ohne diese Mittheilung müßte es wunderbar zugehen, wenn der Hörer auf Phaeton riethe, der von seinem Vater die Erlaubnis erhalten hat, den Sonnenwagen zu führen und der durch sein Ungeschick Himmel und Erde der Gefahr aussetzt, in Flammen unterzugehen, wenn nicht Jupiter den unvorsichtigen Jüngling durch einen Blitzstrahl tödtete. Der Componist ist übrigens nicht ohne Phantasie, obwohl das kurzathmige Motiv, welches den Kernpunkt des Ganzen bildet, an sich wenig bedeutend ist und sich für eine sinfonische Verarbeitung ziemlich spröde erweist. Franz Liszt in seinen sinfonischen Dichtungen scheint das Muster zu sein, dem Saint-Saëns nachstrebt. Bei völlig klarer Darstellung würden manche interessante Einzelheiten vielleicht zündender gewirkt haben. Die Instrumentirung ist geschickt, aber nicht ohne eine gewisse Rokoketterie. Es verdient Anerkennung,

daß auch einmal ein französischer Componist sich dem rein instrumentalen zuwendet und darin deutschen Meistern nachzueifert. — Die prächtige, allgemein bekannte Beethoven'sche Coriolon-Ouverture leitete das Concert ein und Schumann's romantisch-poetische D-moll-Sinfonie, hier als eine Mantilleistung des trefflichen Wilsen'schen Orchesters vorzugsweise geliebt, beschloß den Abend. Zwischen sang Fräul. Gally mit fertiger Technik und guter Empfindung die etwas lange Concert-Arie von Beethoven: „Ah perfido“, welche vielen Zuhörern unbekannt war und des italienischen Textes wegen nicht zum vollen Verständniß kam. Das Verdienst der tüchtigen Sängerin fand die beifällige Anerkennung. Von wirksamem für den Concertsaal geeigneten größeren Gesangscompositionen ist die Auswahl sehr beschränkt, wenn man nicht zu Opernarien greifen will. Das Orchester-accompagnement zu der Beethoven'schen Arie war viel zu stark und die Singstimme theilweise völlig deckend. Ueberhaupt stellte das Orchester die Pianowirkungen, besonders in der Schumann'schen Sinfonie, gar zu sehr in den Hintergrund und gab sich mit Vorliebe den rauschenden Klangeffecten hin, was die reizende Romanze in der Sinfonie um ihren zarten Duft brachte. Die äußere Fertigkeit der Orchesterleistungen war im Ganzen zu loben.

Landthorft: Sein Antrag ist einzig und allein Interesse des Publikums, namentlich der Landbevölkerung, gestellt, um demselben die großen Kosten und Beschwerden zu ersparen, bei allen Sachen in Höhe zwischen 300 und 500 M. sich an die Landgerichte zu wenden, Anwälte zu befehlen u. s. w. Ein Mangel an Amtsrichtern, wenn sein Antrag angenommen würde, sei keineswegs zu befürchten; denn es sei eine beneidenswerthe Stellung für den Richter, im innigsten, unmittelbaren Verkehr mit der Bevölkerung des Rechts zu pflegen. Er kenne schon jetzt Obergerichtsräthe genug, die lebhaft beklagen, niemals aus der amtlichen Thätigkeit sich entfernt zu haben. Wer nicht das Patent für den Präsidenten in der Tasche habe, thue in der That gut, beim Amtsrichter zu bleiben — Nachdem der Berichterstatter nochmals den Beschluß der Commission empfohlen, wird der Antrag Windthorst abgelehnt (dafür das Centrum, die Linken und Polen) und § 12 in der Fassung der Commission angenommen, desgl. § 13.

Der 3. Titel (§ 13a—45) handelt von den Schöffengerichten. Eine Discussion knüpft sich zunächst an § 28: „Bei dem Amtsrichter tritt alljährlich ein Ausschuss zusammen. Der Ausschuss besteht aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Staatsverwaltungsbeamten, sowie sieben Vertrauensmännern aus der Bevölkerung. Die Vertrauensmänner werden aus den Einwohnern des Amtsbereichs gewählt. Die Wahl erfolgt nach näherer Bestimmung der Landesgesetzgebung durch die Vertreter der Kreise, Gemarkungen oder dergleichen Verbände; wenn dieselben nicht vorhanden sind, durch den Amtsrichter. Letzterer hat die Vertrauensmänner vornehmlich aus den Vorstehern der vorbestimmten Verbände zu wählen. Zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses genügt die Anwesenheit des Vorsitzenden, des Staatsverwaltungsbeamten und dreier Vertrauensmänner. Der Ausschuss faßt seine Beschlüsse nach der absoluten Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.“ An Stelle der letzten 3 Absätze hat die Regierungsvorlage folgenden Wortlaut: „Die Vertrauensmänner werden vom Amtsrichter aus den Einwohnern des Amtsbereichs, vornehmlich aus den Vorstehern von Gemeinden, Kreisen, Gemarkungen oder dergleichen Verbänden erwählt. Die Landesgesetzgebung kann bestimmen, daß die Wahl der Vertrauensmänner durch Vertretungen der vorbestimmten Verbände erfolge. Der Ausschuss faßt seine Beschlüsse nach Stimmengleichheit.“ — Ober-Regierungsrath Sauer weist auf das Mißliche der Wahl durch die Vertretungen der Verbände hin, weil sie theilweise überhaupt nicht vorhanden seien, und, wenn die Landesgesetzgebung die Bildung derartiger Verbände nicht vornehme, die Reichsgesetzgebung in Bezug auf diesen Punkt in der Luft schwebte. — Referent Miquel erwidert, daß der vorgesehene Fall niemals vorkommen könne, weil unter diesen Umständen die Landesgesetzgebung mit dem Reichsgesetz direct in Widerspruch träte. — Der Paragraph wird unverändert angenommen.

§ 39 handelt von der Beerdigung der Schöffen. Die Commission hat in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage vorgeschlagen: Der Vorsitzende bei Gott dem Allmächtigen und Allen, die die Pflichten eines Schöffen getreulich zu erfüllen und ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“ Die Schöffen leisten den Eid, indem Jeder einzeln die Worte spricht: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ Die Abgg. Herz, Eysoldt und Klotz beantragen dafür folgende Fassung: Der Vorsitzende richtet an die zu Beerdigenden die Worte: „Sie schwören, die Pflichten eines Schöffen getreulich zu erfüllen und ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“ Die Schöffen leisten den Eid, indem Jeder einzeln die Worte spricht: „Ich schwöre es.“

Abg. Herz verwahrt sich zunächst gegen den Vorwurf der Gewissenlosigkeit oder Gottlosigkeit, indem er die Thatsache mittheilt, daß ein conservatives Blatt geschrieben habe: Die Abgg. Eysoldt und Herz wollen Gott abschaffen. Mit welchem Rechte verlangt man, sagt Heßner, daß Leute, welche nicht an einen persönlichen Gott glauben, eine Aussage unter Anrufung eines persönlichen Gottes versichern? Der Staat kann des Eides als Wahrheitsforschungsmittel nicht entbehren, er muß aber auch die Gewissensfreiheit des Einzelnen schützen. Darum empfiehlt sich eine präcise und knappe Eidesformel, an welcher Niemand einen Anstoß nehmen kann. Den Fall Hoffrichter will ich nicht in die Debatte ziehen, obwohl er dazu Anlaß gäbe, da Hoffrichter ein sehr ehrenwerther Mann ist. Ich meine nur, eine Eidesformel, welche den Anschauungen des Schwörenden über die Gottheit nicht entspricht, befördert den Meiner. Durch Annahme unseres Antrages werden Sie bewiesen, daß Gewissensfreiheit wirklich eine Garantie des Rechts, nicht eine bloße Phrase ist.

Abg. v. Puttkamer (Sensburg): Ich bin weit entfernt, dem Vorredner die Motive unterzustellen, die ihm conservative Zeitungen unterlegt haben; aber ich beklage es tief, daß er einen solchen Antrag gestellt und das Haus gewissermaßen in die Lage gebracht hat, sich in eine academische Discussion über das Dasein des persönlichen Gottes einzulassen. Der religiöse Eid ist ein in Deutschland durch Jahrhunderte lange Uebung geheiligter Gebrauch und die immense Majorität der deutschen Nation würde es nicht verstehen, wenn man ihn durch die Annahme des Antrages Herz einen anderen Eid aufzuheben wollte. (Beifall im Centrum.) Ich glaube, daß die Abschaffung des religiösen Eides praktisch zwei Folgen haben würde, eine unmittelbare Vermehrung der Weineide und ein Entfallen auf eins der wirksamsten Wahrheits-Erforschungsmittel im Prozeß. Mit Unrecht beruft sich der Vorredner auf die Gewissensfreiheit. Wenn jemand so unglücklich ist, an einen persönlichen Gott nicht glauben zu können, so kann er höchstens beanspruchen, daß ihm für diesen Nothstand, in welchem er sich geistig befindet, eine besondere Eidesformel anheimgestellt wird, aber um dieses angeblichen Bedürfnisses einer kleinen Minorität willen, der großen Mehrzahl einen Eid anzunehmen, das nenne ich Beschränkung der Gewissensfreiheit. (Heiterkeit.) Ich habe schließlich noch einen anderen Punkt zu erwähnen. In großen und breiten Schichten der Bevölkerung legt man den höchsten Werth darauf, daß eine confessionelle Eidesformel wenigstens facultativ beibehalten werde. Es ist mir nicht klar, ob die Möglichkeit einer solchen confessionellen Formel durch die Beschlüsse der Commission gegeben ist, eventuell behalte ich mir einen diesbezüglichen Antrag für die dritte Lesung vor.

Bundesbevollmächtigter v. Amsherg: Im Großen und Ganzen bin ich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden. Die verbündeten Regierungen haben von vornherein darauf hingewiesen, daß ein solcher Eid, wie ihn der Antrag Herz hinstellt, im deutschen Volke nicht anerkannt werden würde. Bei dieser Sachlage sah sich die Regierung nicht veranlaßt, auf den Antrag eingehen zu können. Wenn man Italien mit seiner Eidesformel herangezogen hat, so muß ich sagen: die Anschauung des italienischen Volkes in dieser Beziehung ist durchaus nicht identisch mit der des deutschen. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Weppen) erachtet den Zustand, welcher den vorliegenden Antrag nöthig gemacht hat, für höchst bedenklich. Er kenne sich als eine Konsequenz der modernen sogenannten liberalen Culturentwicklung. Wenn man den Staat jeder Confession entkleide, so könne die Eidesformel nur lauten: „Ich schwöre bei Strafe des Buthausles!“ Wer noch auf dem Standpunkte des christlichen Staates stehe, der

mußte für die Confessionsantrag stimmen. Facultativ dürfe man nach dem Wunsche des Abg. v. Puttkamer die Eidesformel nicht machen, bei den Gerichten müsse man genau wissen, was Rechts ist. Wenn es im Ernst Leute gäbe, welche nicht an einen persönlichen Gott glauben, so sehe es ihnen frei, aus der Kirche überhaupt auszuscheiden, und für solche Leute, die sich formell als Atheisten bekannt haben, könne man allerdings eine ihren persönlichen Ueberzeugungen entsprechende Formel ermöglichen. Freilich gilt auch heute noch der Satz: Nur die Thoren sprechen: Es giebt keinen Gott und für Thoren macht man kein Gesetz. Gesetze soll man machen nach der Meinung der hier herrschenden Majorität, auf eine verschwindende Minorität kann man legislatorisch keine Rücksicht nehmen. Viele Leute fürchten sich weniger vor den weltlichen Strafen als vor der Strafe des allmächtigen Gottes. Dieses Moment ist für mich das wichtigste in dieser ganzen Gesetzgebung. Allerdings wird sich das, was ich fürchte, durch die Resultate der modernen preussischen Schule bald ändern und als ein Symptom einer solchen Aenderung betrachte ich den Antrag. (Unruhe; Beifall im Centrum.)

Abg. Herz verwahrt sich dagegen, daß er den religiösen Eid abschaffen wolle, er habe nur die Eidesformel ihres confessionell-dogmatischen Charakters entkleiden wollen.

Nachdem der Referent im Namen der Commission sich gegen den Antrag ausgesprochen hat, wird der letztere abgelehnt (dafür stimmen die Fortschrittspartei, die Abgg. Valentini, Bamberg, Baer (Fremburg), Rinn und einige Andere) und § 39 nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

Die übrigen Paragraphen dieses Titels werden ohne Debatte genehmigt. — Nächste Sitzung Dienstag.

Danzig, 21. November.

In den ersten Tagen der Justizdebatte kamen solche Gegenstände zur Verhandlung, welche entweder eine Einigkeit zwischen der Mehrheit des Reichstages hervortreten ließen, oder die doch nicht prinzipielle Differenzpunkte aufwiesen, welche die Gefahr des Scheiterns der Reformgesetze in sich bargen. Dadurch wurde für die Verhandlungen ein versöhnlicher Ton angegeben, welcher hoffentlich beibehalten und dann dazu beitragen wird, die immer noch zahlreich vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden und das Zustandekommen der Justizgesetze herbeizuführen.

Gestern entspann sich eine recht lebhaft Debatt über einen Gegenstand von prinzipieller Bedeutung, den unser Berliner Correspondent in der letzten Nummer unseres Blattes beleuchtete: über den von der Commission eingefügten Paragraphen, welcher bestimmt, daß die Gerichte über die Zulässigkeit des Rechtswegs entscheiden, die Landesgesetzgebung jedoch die Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten über die Zulässigkeit des Rechtswegs befördern. Die Behörden übertragen kann. Für diese Behörden wird aber alsdann eine Reihe von Normativbestimmungen aufgestellt, welche gleich den entsprechenden Bestimmungen über das Richteramt werthvolle Garantien enthalten. Die bestehenden Competenzgerichtsstände, insbesondere der preussische, würden infolgedessen vollständig umgestaltet werden müssen. Der preussische Justizminister sprach sich denn auch entschieden gegen den Paragraphen aus und bestritt, ganz wie seine Kollegen von Sachen und Baiern dies in der Frage der richterlichen Garantien gethan, die Zuständigkeit des Reichs. Auch sprach er die Befürchtung aus, daß, wenn die Normativbestimmungen angenommen würden und demgemäß die bestehenden Competenzgerichtsstände aufhören müßten, es leicht dahin kommen könne, daß die Errichtung neuer Competenzgerichte im Wege der Landesgesetzgebung nicht gälte und dann ein höchst schädliches Vacuum entstehe. Diese Bedenken sowohl, wie die Bestreitung der Competenz des Reichs, wurden indeß von den Abgg. Reichensperger, Lasker und Miquel, die ihrerseits die Nothwendigkeit der in Rede stehenden Bestimmungen darthaten, in überzeugender Weise widerlegt. Gegen den Commissionsvorschlag trat nur der conservative Abg. v. Schöning auf. Der Paragraph wurde in namentlicher Abstimmung mit 253 gegen 39 Stimmen preussischer Conservativen und Freiconservativen angenommen.

In der „Germania“ wird erzählt, wir hätten dahingehende „Vorschläge“ gemacht, durch systematisch betriebene Wahlkreis-Geometrie die Polen und Ultramontanen in Westpreußen bei den Landtagswahlen gänzlich auszuschließen und lauter deutsche Wahlen zu erzielen. Man hat uns dabei wohl absichtlich mißverstanden. Die Niederlage der Polen bei den letzten Landtagswahlen war in polnischen Blättern zum großen Theil der Wahlkreis-Geometrie zugeschrieben worden. Dieser Behauptung gegenüber sagten wir, wenn bei uns die Wahlkreis-Geometrie von oben herab systematisch betrieben würde, so würde man einen Wahlerfolg der Polen und Ultramontanen in Westpreußen leicht gänzlich ausschließen können. Wir gaben nun Beispiele an, wie dies möglich gemacht werden könnte, und gaben auch ganz plausible Gründe an, welche für die angegebenen Wege vorgebracht werden könnten, wollten damit aber jene Wege noch nicht empfohlen haben. Die angegebenen Wege sind übrigens zuerst von den deutschen Wahlmännern des Kreises Carthaus empfohlen worden und nicht erst bei diesen, sondern schon bei früheren Wahlen. Die Deutschen des Carthaus Kreises haben ja am meisten unter den gegenwärtigen Unbequemlichkeiten zu leiden, sie sind ferner der Ueberzeugung, daß sie, selbst wenn ihr Kreis allein wählen würde, eine Mehrzahl deutscher Wahlmänner zu erzielen im Stande wären, während jetzt die Gewissheit ihre Thätigkeit lähmt, auch bei einer kleinen Majorität im Carthaus Kreise durch die große Majorität der Polen im Neustädter Kreise erdrückt zu werden.

Wir werden von der „Germ.“ darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung nicht zu einer selbstständigen Umlegung der Wahlkreise befugt ist, daß die Zusammenfassung derselben durch Gesetz bestimmt ist. Wir kennen nun freilich das Gesetz über die Feststellung der Wahlbezirke vom 27. Juni 1860, aber wir wissen auch, daß dasselbe wie jedes andere Gesetz einer Aenderung auf gesetzmäßigem Wege fähig ist. Die Ultramontanen haben ja früher, als sie selbst noch oben auf schwammen, selbst die dazu erforderlichen Mittel und Wege gekannt und angewendet. So waren bei Beginn unseres parlamentarischen Lebens zwei der vier ermländischen Kreise mit je einem anderen, überwiegend

protestantischen Kreise Preußens zu einem Wahlkreise verbunden, und da innerhalb der ermländischen Kreise damals doch immer wenigstens in den Städten eine größere Zahl liberaler Wahlmänner durchgesetzt wurde, so kam es häufig vor, daß diese zusammen mit der liberalen Mehrheit des andern Kreises die Majorität hatten und daß die ultramontanen Candidaten unterlagen. Das war den geistlichen Herren des Ermland unangenehm, und weil ihr Wort damals bei der Regierung noch viel galt, mußten sie es dahin zu bringen, daß bei der Neuordnung immer je zwei ermländische Kreise zusammengelegt wurden, so daß sie nunmehr ihre Candidaten ohne großen Widerstand dicitiren konnten. Wäre das Gesetz vom 27. Juni 1860 wenige Jahre früher erlassen, so würde dem verstorbenen v. Hoyerbeck wahrscheinlich für immer das Parlament verschlossen worden sein. Da er mit seinem Gute Nidelsdorf im ermländischen Kreise Allenstein angefallen war, würde er als Protestant niemals nach 1860 in seinen heimischen Kreise gewählt worden und ein unbekannter ostpreussischer Landbesitzer geblieben sein. Er kam aber schon 1858 in's Abgeordnetenhaus, weil damals noch Allenstein mit Ostpreußen zu einem Wahlkreise vereinigt war, und nach 1860 hatte er sich schon bekannt genug gemacht, daß er von anderen Wahlkreisen als Candidat aufgestellt wurde. — Nun, was damals die hochmögenden ultramontanen Herren durchgesetzt haben, würde ja auch heute noch, wenn man es wirklich für nothwendig hielt, durchzusetzen sein.

In London besteht ein Plenarium unter dem Namen „Polish Historical Society“, der sich aber weniger mit gelehrten geschichtlichen Forschungen, als mit Politik befaßt. Dieser Verein feiert am vergangenen Freitag, wie seit vielen Jahren, das Gedächtniß des verstorbenen großen Polenkönigs, Lord Dudley Courts Stuart. Die Rede, welche der Vorsitzende bei dieser Gelegenheit hielt, kann wohl als ein verlässlicher Ausdruck dafür angesehen werden, wie die Polen die gegenwärtige Lage betrachten. Er begann damit, daß er den Gedanken Lord Dudley's den Zoll schuldiger Dankbarkeit darbrachte. Dann wies er darauf hin, daß dieser in seinem ganzen öffentlichen Leben nicht aufgehört habe, die Politik Rußlands als eine angreifende und die gesammte Menschheit, namentlich aber die östlichen Interessen Englands bedrohend hinzustellen. Als einzige wirksame Schranke gegen das russische Vordringen habe er die Unterstützung und Stärkung des türkischen Reiches empfohlen. Bei einer Reise, die Lord Dudley von dem Krimkrieg durch die Türkei gemacht, habe er mit besonderer Genugthuung den blühenden Zustand und den Reichtum der bulgarischen Dörfer wahrgenommen. Was würden, so fuhr der Redner fort, die polnischen Bauern nicht darum geben, wenn sie ihr Loos gegen das der bulgarischen Christen vertauschen könnten? Diese sind frei von der scheußlichen Militär-Conscription, mittels welcher die Polen ihrer Heimath entzogen werden, um die Eroberungen Rußlands in Inner-Asien auszuführen. Wir hören so viel von türkischer Misregierung, und zweifellos ist ein gewaltiges Feld für Verbesserung der türkischen Verwaltung vorhanden. Aber die russische Misregierung ist noch weit untraglicher. Die russische Herrschaft ist nicht stoßweise, sondern systematisch bedrückend. Außer der Blutsteuer erpreßt sie schwere Geldabgaben als die türkische Regierung, welche sich mit einem Rechten aus den reichen Erzeugnissen des bäuerlichen Grundeigentums bedient. Wenn jemand annähme, die christlichen Bewohner der Türkei würden eine weniger grausame Bedrückung erleiden, wenn sie, unter russischer Herrschaft stehend, sich gegen diese empören würden, der solle nachsehen, wie Rußland den polnischen Aufstand von 1863 unterdrückte. Deshalb, so fragt der Redner, wollen die Russen, welche für die Einführung örtlicher Selbstverwaltung so sehr besorgt sind, diese nicht in Polen errichten? Weil sie durch Verträge dazu verpflichtet seien und weil sie Europa zu verstehen geben wollten, daß sie sich durch keinen Vertrag binden ließen. Kaum weniger bedauerlich als die Bedrückungen der Christen durch die Türken sei die systematische kirchliche Verfolgung, namentlich gegen die unierten Griechen, in Polen. Wenn diese mit dem Vorwissen Kaiser Alexander's, in dessen bekannte milde Gefinnung Redner keinen Zweifel setzen wollte, verübt worden sei, mit welchem Rechte könne jener sich dann als den alleinigen Schirmherrn religiöser Freiheit in der Bulgare und den anderen slavischen Provinzen in einem Aufrufe an die Leidenchaften seines Volkes rühmen, einem Aufrufe, der allem Anscheine nach im Geleise der Waffen und dem Donnern der Geschütze enden werde. Unter diesem Aufrufe sei das Geheimniß der orientalischen Frage verborgen, deren Lösung allein den beiden Kanzlern, Fürst Gortschakoff und Fürst Bismarck, bekannt sei. Sollte der gewaltige Krieg wirklich ausbrechen und Rußland obliegen, dann werde Holland und Deutsch-Oesterreich dem Deutschen Reiche zufallen, und während der Eas die Welt von den Dardanellen bis zum Ganges beherrsche, werde Deutschland als Herr und Meister des weislichen Europas schalten und walten. Dann aber werde der bis jetzt sorgfältig vermiedene Name Polen wieder auftauchen und die geschädigten Mächte würden durch Rücksichten einfacher Selbstvertheidigung gezwungen sein, dem vielgeprüften Polenlande seinen alten Platz unter den gesitteten Ländern wieder anzuweisen. Manches Körnlein Wahrheit liegt wohl in den Worten des polnischen Redners, besonders im Anfange seiner Ausführungen, aber seinen Landsleuten im Königreich wird er, da alle englischen Blätter einen Auszug aus denselben bringen, und die Russen nun gegen die polnischen Bewohner misstrauischer werden, nur größere Bedrängnisse bereiten helfen. Die Rolle, welche der Redner Deutschland zutheilte, zeugt nur von der lebhaften Phantasie der Polen, und sollte auch nur ein passender Uebergang sein zu dem Caeterum censeo „Noch ist Polen nicht verloren!“

Es wird heute wieder officiell und officiös ein wenig Frieden geblasen, aber es schenkt der Nachschaff Niemand rechten Glauben. Man ist ja noch auf seiner Seite mit den Rüstungen fertig, und die Zeit, bis dies geschieht, muß durch gegenseitige Vorstellungen und Unterhandlungen ausgefüllt werden, wobei Jeder den Andern in Unrecht zu sehen sucht. Rußland ist schon so weit engagirt,

daß es nur bei der Erfüllung seiner wichtigsten Forderungen den Rückzug antreten kann, und die Türkei kann auf dieselben nicht eingehen, denn die Erfüllung der Forderungen, so notwendig sie sind, würde gegen die Grundlagen verstoßen, auf denen das türkische Staatswesen beruht. England würde noch am ersten den Frieden wünschen, aber mit durch die Schuld seiner Politik sind die Verhältnisse so gespannt, daß der Frieden kaum noch Aussicht hat. Rußland und England fragen sich nun gegenseitig an, was die Rüstungen zu bedeuten haben, sie suchen sich gegenseitig durch die friedlichsten Absichten heuchelnde Worte zu hintergehen, obgleich dies kaum noch möglich, da Einer dem Andern nichts Gutes mehr zutraut. Man kann höchstens darauf rechnen, auf die Zuschauer einen günstigen Eindruck zu machen, indem man dem Gegner noch mehr Schlechtigkeiten nachsagt, als er verborgen hat.

Man war gespannt auf die italienische Thronrede (s. unten den Wortlaut), man meinte, sie würde sehr feierlich lauten, der betreffende Passus ist aber sehr farblos gehalten. Weit wichtiger sind die Stellen, welche die weitere Regelung des Verhältnisses zu dem Vatican betreffen, obgleich auch sie noch Vieles im Unklaren lassen.

Deutschland.

△ Berlin, 20. Novbr. Die Rückkehr des Kaisers wird nun auch die erwartete Entscheidung bezüglich einer Reihe von Bundesrathsbeschlüssen herbeiführen, welche sich im Cabinet befinden, dahin gehörend auch die gestern erwähnten Anordnungen im Verwaltungswege bez. des Uebergangsstadiums nach Aufhebung der Eisenzölle. Wie man hört, sind die Absichten auf Einbringung eines Antrages der zum Schutzoll neigenden Abgeordneten, welche unter dem Vorbehalt des Abgeordneten Dr. Löwe einige Besprechungen gehabt haben, dahin übereingekommen, weitere Schritte ihrerseits von den zu erwartenden Entschlüssen des Bundesraths abhängig zu machen. — Das Erscheinen der mehrfach erwähnten Anwaltsordnung verzögert sich, da augenblicklich noch die Motive zu der Vorlage ausgearbeitet werden. Die Einbringung derselben bei dem Bundesrathe ist indessen nahe bevorstehend, möglich, daß noch eine Umarbeitung durch das neue Reichsjustizamt erfolgt. — Die Installation der neuen Reichsämtler wird, wie man hört, vom dem Fürsten Bismarck nach dessen Zurückkunft sofort in die Hand genommen werden. Als eine der ersten Aufgaben des Reichsjustizamts bezeichnen man die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über gemeinsame Normen der Strafvollziehung für ganz Deutschland und über die Gerichtskosten. Die Vorarbeiten zu beiden Entwürfen sind im preussischen Justizministerium gemacht worden, wobei der jetzige Unterstaatssecretär und demnächstige Staatssecretär des Justizamts im Reiche, Dr. Friedberg, bereits mitgewirkt hatte.

— Der „Freihd.-Corresp.“ schreibt: Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, in welchem außerordentlichen Umfange die bestehenden Eisenzölle Frankreichs dem dortigen Consum alle Eisen- und Stahlfabrikate vertheuern. Daß dieser Uebelstand in den verschiedensten gewerblichen Kreisen schwer empfunden wird, hat sich bereits bei den im Sommer d. J. abgehaltenen Sitzungen des Ober-Handelrathes (Conseil supérieur du commerce) unzweideutig herausgestellt. In der Commission verschiedener Industrieller führte die Frage der Eisenzölle zu den lebhaftesten Debatten. Schließlich wurde zwar die Ermäßigung der bestehenden Zölle auf Roheisen und Eisenfabrikate mit einer Stimme Majorität verworfen, dagegen die Herabsetzung der französischen Zölle auf Stahlfabrikate angenommen. Der Zoll auf Stahlhölzer soll von 9 Frcs. auf 6 Frcs. per 100 Kilogr. und der Zoll auf Stahlblech und Platten von 11 Frcs. 50 C. auf 9 Frcs. per 100 Kilogr. herabgesetzt werden. Wenn man erwägt, daß die Commission hauptsächlich aus Industriellen bestand, von denen Einer immer gern für den Zollschutz des Anderen stimmte, um Gleiches mit Gleichem vergolten zu erhalten, so bleibt dieses Resultat ein beachtenswerthes Zeichen für die Stimmung in Frankreich. Ein Zoll von 3 Frcs. = 2,40 M. pro Ctr. Stahlhölzer ist zwar noch hoch, indessen beträgt der wirkliche Zollschutz für Stahlhölzer, wenn man den bestehenden Zoll für Roheisen von 1 Frcs. per Ctr. berücksichtigt, dann höchstens noch 1,25 M. per Ctr. Da der vom Ober-Handelrath beschlossene Tarif (allgemeiner Tarif) bei den Verhandlungen über die neuen Verträge als Grundlage dienen soll, so ist die Herabsetzung der Zölle auf Stahlfabrikate eine Zollermäßigung aus eigener Initiative, wie sie in Frankreich recht selten ist. Hauptsächlich wird die französische Regierung bei den Verhandlungen, welche von dem allgemeinen Tarif ausgehend, zu einem Conventions-tarif führen sollen, erwägen, daß fast die Hälfte der von ihr eingesetzten Commission von Interessenten mit großer Energie die Herabsetzung des Roheisenzolls von 1 auf 1/2 Frcs. per Ctr. und des Zolls auf Eisenfabrikate von 3 auf 1 1/2 Frcs. gefordert hatte, und in diesen beiden Punkten zu Concessionen geneigt sei.

— Sr. M. Kanonenboot „Komet“ ist am 18. d. M. in Saloniki angekommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Nov. Oesterreichs Betheiligung an der Pariser Weltausstellung ist fraglich, höchstens erfolgt die Betheiligung in beschränktem Maße.

Wien, 20. November. Der Club der Linken hat den von dem Deputirten Stene gestellten Antrag betreffend die Stellung des Clubs zu der ungarischen Ausgleichsfrage nach längerer Debatte mit allen gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag des Deputirten Demel angenommen, dahin gehend, ein Comité einzusetzen behufs Revision des Programms des Clubs der Linken und behufs Berichterstattung darüber, ob der Passus über die Stellung der Clubs zum ungarischen Ausgleich in das Programm aufzunehmen sei oder nicht. — Der Ministerrath hat, wie die „Montagsrevue“ meldet, beschloffen, dem Abgeordnetenhaus in der Sitzung am Dienstag Mittheilung über die Erneuerung der österreichisch-ungarischen Ausgleichsgesetze zu machen. Am Freitag oder im Laufe der nächsten Woche würde dann der Handelsminister die Eisenbahnvorlage einbringen. (W. T.)

Italien.

Rom, 16. Novbr. Das kaiserliche Paar wird dieser Tage in Rom eintreffen, jedenfalls der Thronfolger, welcher der Eröffnung des Parlaments beizuwohnen gedenkt. — Das Resultat der Wahlen ist nunmehr aus allen Kreisen bekannt. Die ministerielle Partei wird in der Kammer über 423, die der Opposition über nur 85 Stimmen gebieten. Dies Verhältnis wird schwerlich durch die wiederholt vorzunehmende Wahl in 17 Collegien, der erfolgten Doppelwahlen wegen, verändert werden, denn die 17 Candidaten, welche zwei Mal, einige sogar drei und vier Mal, gewählt sind, gehören der ministeriellen Partei an. Der Umstand, daß die Wahl in anderen 17 Collegien wegen vorgekommener Unregelmäßigkeit beanstandet wird und daß demnach auch in diesen neuen Wahlen erfolgen dürften, wird ebenfalls die große Majorität, mit welcher das Ministerium begünstigt ist, nicht wesentlich beeinträchtigen. — Der deutsche Gesandte, Hr. v. Reubell, giebt heute zu Ehren Richard Wagner's einen großen Thee, mit einer musikalischen Abendunterhaltung, zu welchem viele Herren und Damen der deutschen und italienischen Gesellschaft geladen sind.

20. Novbr. Der König eröffnete heute die Sitzung des Parlaments mit folgender Thronrede: „In Betrübnis gesetzt durch einen Trauerfall in der königlichen Familie sehe ich mit innigem Danke mein Volk einen so lebhaften Antheil an demselben nehmen. Ich komme heute zu Ihnen, um in der Erfüllung meiner Pflicht den besten Trost zu schöpfen. In der That habe ich bei dieser feierlichen Ceremonie, mit welcher ich Ihre Arbeiten eröffnete, stets in meiner Seele den Glauben an die Bestimmung Italiens und an die Zukunft der freijünglichen Institutionen, welche wir beschworen haben, wachsen gefühlt. Die neu gewählten Vertreter der Nation haben die Bedürfnisse und die Wünsche der Bevölkerung unmittelbar kennen gelernt; sie werden getreue Dolmetscher derselben sein. Wenn ich Sie um mich versammelt sehe, so durchlebe ich in meinen Gedanken die Geschichte unserer nationalen Wiedergeburt und ich bringe der emsigen angestregten Thätigkeit der früheren Gesetzgebungsorgane meine Subsidung dar, welchen die Befestigung der italienischen Einheit zu danken ist. Gleichzeitig muß ich Sie daran erinnern, daß ich seit 20 Jahren jedesmal, wenn ich das Wort an die Vertreter der Nation richtete, dieselben aufgefordert habe, die beschützende Action des Staates einfach, leicht und ökonomisch zu gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Minister, welche ich, meine Wahl zwar nach den Bestimmungen des Parlaments regelnd, doch mit ganzem und vollem Vertrauen zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen habe, eine Reihe von Gesetzesentwürfen einbringen, welche ich Ihrem patriotischen Eifer anempfehle. Die früheren Ministerien haben es sich in den letzten Jahren angelegen sein lassen, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. Dieses Gleichgewicht ist nicht mehr ein entferntes Ziel, es ist eine naheliegende Wohlthat. Wir werden von jetzt an beginnen, die Wirkungen derselben zu genießen; wir können sogar hoffen, daß wir bald in der Lage sein werden, allmählich die Störungen, welche durch den Zwangsdienst geschaffen sind, zu unterbrechen. Der gegenwärtigen Legislaturperiode liegt es ob, dieses Werk der Befreiung zu beschleunigen, meine Regierung wird bemüht sein, die täglich erscheinenden Maßregeln vorzubereiten. Inzwischen habe ich gewünscht, daß vor Allem diejenigen Vorschläge einer Prüfung unterzogen werden, welche bezwecken, die Härten bei der Erhebung der Steuern zu mildern und die bestehenden Steuern auf eine, den Anforderungen der Billigkeit entsprechende Weise auf die Steuerpflichtigen zu vertheilen. Das schon so mächtig bemessene Budget des Krieges und der Marine können wir nicht herabsetzen. Ebenfalls können wir die Arbeiten aufgeben, welche bestimmt sind, von einem Ende der Halbinsel bis zum andern die aus der Erleichterung der Communicationsmittel entstehenden Wohlthaten auszubreiten. Nur hierdurch werden wir allen Theilen des Landes die ihnen zur Vollendung ihrer wirtschaftlichen Umgestaltung erforderlichen Kräfte. — Es hat die Befürchtung entstehen können, daß bedrohliche Ereignisse uns von diesen nützlichen Aufgaben abwenden könnten. Aber die völlig freundschaftlichen Beziehungen, welche wir beständig mit allen Mächten unterhielten, gestatten uns, Vertrauen in den Erfolg der Rathschläge zur Mäßigung zu setzen, welchen meine Regierung ihre wirksame Unterstützung geliehen hat. Getreu allen seinen Verpflichtungen hat Italien niemals vergessen, daß es bei Uebnahme seiner Großmachtstellung gleichzeitig eine Mission übernommen hat, welche dem Fortschritt der Civilisation gewidmet ist. — In der Hoffnung auf die Wohlthaten des Friedens werden Sie die günstige Zeit dazu verwenden, um unsere Institutionen zu befestigen. Es ist nöthig, den Staat von jeder übermäßigen Einmischung zu entlasten und für die Provinzen und Gemeinden einen Zustand fruchttragender Autonomie zu schaffen. Die Gesetzesentwürfe, welche Ihnen in dieser ersten Session behufs sicherer Functionen der lokalen Freiheiten vorzulegen sind, werden durch andere Vorlagen ergänzt werden, welche die Kontrolle der Regierung über die Regelmäßigkeit des Rechnungswesens der öffentlichen Verwaltung und der frommen Stiftungen vollkommener und wirksamer zu machen bestimmt sind. Andere Gesetzesentwürfe sollen die ökonomische Lage der Staatsbeamten verbessern und gleichzeitig ihre Würde erhöhen, indem sie für alle ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden. Die Vorlagen des Strafgesetzes und des Handelsrechts werden das große Werk der legislativen Einigung zum Abschluß bringen. Es bleibt uns noch übrig, an ein Problem heranzutreten, welches bis jetzt nur unvollständig gelöst ist. Die Freiheiten, welche der Kirche in Italien in weit reichem Maße als in einem anderen katholischen Staate bewilligt sind, dürfen nicht in einer Weise ausgedehnt werden, welche den öffentlichen Freiheiten Abbruch thut oder die Rechte der nationalen Souveränität beeinträchtigt. Meine Regierung wird Ihrer Prüfung diejenigen Maßregeln unterbreiten, welche nothwendig sind, um die in dem Garantiegesetz selbst bestimmten Vorbehalte und Bedingungen wirksam zu machen. Meine Regierung wird Ihnen weiter die Revision der Handelsverträge, sowie Vorschläge bezüglich

der Betriebsübernahme von Eisenbahnen und bezüglich der Unterbrechung einiger Dampfperlen unterbreiten. Endlich werden wir mit Entschlossenheit die Wiederherstellung der Kriegsmarine und die schleunige Vollendung der schon weit vorgeschrittenen neuen Organisation der Armee in's Auge fassen müssen. Ebenso müssen wir die Vertheilungsarbeiten in Angriff nehmen, welche bestimmt sind, die an den Landesgrenzen gelegenen Festungen zu verstärken. Es war mein Wunsch, daß das Wahlgesetz einer neuen Prüfung nach der Richtung unterzogen werde, um mehr und mehr die Zahl der stimmungsfähigen Bürger zu erhöhen. Gleichzeitig wird meine Regierung Ihnen einen Vorschlag auf vollständige Reorganisation der Volksschulen unterbreiten. Es ist unerlässlich, dem Unterricht eine weitere Ausdehnung zu geben und Allen die Verpflichtung aufzuerlegen, sich auf die Ausübung der bürgerlichen Pflichten vorzubereiten. — M. S. Senatoren und Deputierte! Seit 6 Jahren feiern wir in Rom das Fest unserer nationalen Einheit. Die Wiederherstellung unserer Einheit hat schon glänzende Früchte getragen. Wir haben viel gethan, aber es bleibt uns noch viel zu thun übrig. Wir haben noch ein Werk vor uns, welches das größte Maß von Geduld, Arbeit und Einigkeit erfordert; wir müssen das gesamte Regierungsgebäude immer mehr befestigen und vervollkommen. Dieser Zweck kann nur erreicht werden durch allseitigen aufrichtigen Willensfreiheit und durch treueste Beharrlichkeit. Ich bin sicher, daß in diesem Kampfe für die Reorganisation des Landes die gesamte Nation meinem Aufruf durch edelmüthige Opfer entsprechen wird.“ — Die Thronrede wurde beifällig aufgenommen, namentlich der auf die Kirche bezügliche Passus derselben. Der König wurde bei seinem Erscheinen in dem Saal und auf den Straßen auf das Lebhafteste begrüßt.

England.

Plymouth, 20. Novbr. Nach Meldung des Dampfers „Flamingo“ hat der Dampfer „Windfor Castle“ auf der Fahrt nach dem Cap bei der Dasseninsel, etwa 40 Meilen von Cape-Town entfernt, am 19. v. Mts. Schiffbruch gelitten. Die Passagiere, die Schiffsmannschaft und die Post wurden gerettet. (W. T.)

Rußland.

Petersburg, 16. Nov. Schläue Amerikaner sind bereits hier eingetroffen, um im Falle eines Krieges mit England, Kaperbriefe zu verlangen. Petersburg, 16. Nov. Aus Moskau wird berichtet, daß die aus den mittleren und den südlichen Gouvernements dorthin kommenden Kaufleute sich über schwierige Handelsverhältnisse beklagen. Fast überall kommt eine so große Zahl von Bankrotten vor, wie sie seit langer Zeit nicht erhört war. In erster Reihe treten diese Bankrotte bei den Getreidehändlern zu Tage, und zwar in Folge mißglückter Operationen. Dadurch werden aber auch viele andere Handelsgeschäfte in Mitleidenschaft gezogen. Vielfach wird behauptet, so schwieriger kommerzieller Verhältnisse, wie der gegenwärtigen, könnten sich selbst die ältesten Leute nicht entziehen. Dagegen kommt aus Kronstadt die Nachricht von einem sehr lebhaften Verkehr. Namentlich ist dort die Getreideausfuhr bestens im Gange. In der ersten Woche dieses Monats waren 70 große Dampfer angekommen, welche fremde Waaren brachten und als Rückfracht meist Getreide laden wollten. Durch dieselben wurde der Mittelhafen ganz gefüllt. Man sah sich genöthigt, auch in den Kauffahrteihäfen, wo sonst nur Segelschiffe liegen, Dampfer einzulassen. Der Tagelohn für Lösungs- und Beladungsarbeiten ist in neuerer Zeit sehr gestiegen. Am 7. d. M. mußte man dem Arbeiter schon über 2 Rubel für den Tag zahlen.

Türkei.

Konstantinopel, 17. Nov. Der Hofte haben sich Offiziere der englisch-indischen Armee zur Disposition gestellt.

Serbien.

Belgrad, 18. Nov. General Semeka, bisheriger Commandant des Oesterreichischen Militärbezirks, ist zum Oberbefehlshaber eines eventuell in Serbien operirenden russischen Corps ernannt und wird zugleich an Tschernajeffs Stelle den Oberbefehl der serbischen Armee übernehmen.

Amerika.

Philadelphia, 17. Novbr. Durch fremde Aussteller und Commissäre bei der Centennial-Ausstellung wurden über die plötzlich bei Schluß derselben aufgezwungenen übertragungen Zollregulationen Klagen erhoben. Der Finanzminister hat jedoch die Schwierigkeit sofort beseitigt, indem er den Schiffsecretar French nach der Ausstellung sandte, um die Zollmaßregeln in die Hand zu nehmen. Die Dinge wickeln sich nun ruhig und befriedigend für die Commissäre ab.

* Aus Bethlehem in Pennsylvania wird telegraphirt, daß mehrere Kohlen-Compagnien der Districte Ludawanna und Wyoming, unter Anderen die „Delaware and Hudson Coal Company“ Arbeitseinstellung, in ihren Bergwerken auf unbestimmte Zeit angeordnet haben. Man glaubt, daß diese Unterbrechung des Betriebes, welche durch Mangel an Bedarf hervorgerufen worden ist, möglicherweise drei oder vier Monate dauern kann. Fast 30 000 Menschen werden dadurch arbeitslos.

Danzig, 21. November.

* Nach einer Mittheilung der Kgl. Eisenbahn-Commission hier selbst an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft hat die Königl. Direction der Ostbahn in Rücksicht auf den gegenwärtigen starken Verkehr auf der Ostbahn und den gesteigerten Bedarf an leeren Wagen die ausnahmsweise Erhebung von Standgeldern für die Ueberschreitung der sechsständigen Ent- und Beladefrist angeordnet. Das Vorsteheramt ist ersucht worden, die Interessenten hiervon zu benachrichtigen und im beiderseitigen Interesse auf eine schnelle Ent- und Beladung der Eisenbahnfahrzeuge hinzuwirken.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushange auf dem hiesigen Bahnhof.] Terespol: Culm: per Bahn bei Tag und Nacht; Warlubien: Graubenz: per Bahn bei Tag und Nacht; Gzernin: Marienwerder: per Bahn nur bei Tage.

* Die als bevorstehend angekündigte Abänderung der Straßenbezeichnung „Feldweg“ in „Abeggstraße“ ist nunmehr erfolgt.

* Das Verbot der Ausfuhr von Hen und Gans aus Rußland ist der Pol. Ztg. zufolge wirklich erlassen worden, aber am dem Tage, an welchem es in Kraft treten sollte, wieder aufgehoben worden.

* Die bis jetzt in Betrieb befindliche Strecke der Marienburg-Mamfauer Bahn hat im September d. J. aus dem Personen-Verkehr 13,025 und aus dem Güterverkehr 30,275 Mt. Einnahme ergeben. Seit Eröffnung der Bahn sind aus dem Betriebe vereinnahmt 57,585 Mt.

* In der gestrigen Versammlung des Vereins der Westpreussischen Conservativen, in welcher am Schluß noch über die „verheißenden Folgen“ der neueren Gewerbe- und Agrargebungen diskutiert wurde, hatten auch die hiesigen Innungs-Vorsteher und verschiedene andere Handwerksmeister Einladung erhalten, doch waren dieselben nur in sehr geringer Anzahl derselben gefolgt.

* [Polizeibericht.] Verhaftet: der Dienstjunge B., weil er dem Knaben S. vorläufig einen Messerfisch in den Rücken verlegt hat; der Knecht K. wegen Mißhandlung und Hausfriedensbruchs; der Schiffszimmergeselle S., die Töpfergesellen M. und D., der Ladierer M., der Schiffszimmermann G. wegen Prügelei auf der Fleischergasse und nächtlicher Ruhestörung.

Gestohlen: dem Pfandleiher G. ein blauer Radmantel.

2. Elbing, 20. Nov. Die von verschiedenen Berliner Blättern gebrachte Nachricht, daß unser Theater seine Vorstellungen eingestellt habe und zahlungsunfähig geworden sei, ist nicht wahr. Bis heute wird, wenn auch unter schwacher Betheiligung des Publikums, weiter gespielt.

Elbing, 20. November. Bei der gestern stattgefundenen Ergänzungswahl von 6 Kreistagsabgeordneten wurden, wie die „Altr. Ztg.“ meldet, die Herren Müller-Lutterfelds, Albrecht-Ginlage, Wunderlich-Klein, Höbner, Guman-Krebsfeldt, Hilgenhof, Birner-Cabinen mit bedeutender Majorität gewählt. — Der bei dem Brande im Hotel der Berlin-erlagene Feuerwermann Strakowski hat seine Ehefrau und zwei Kinder in befristigen Verhältnissen hinterlassen. Zur Unterstützung derselben wird am Mittwoch künftiger Woche ein Concert stattfinden, zu welchem sich die Liedertafel, und die Herren Gebrüder Len und Hollstein vereinigt haben. Auch das Stadttheater wird eine Vorstellung für denselben Zweck geben. — Herr Klempnermeister Steppuhn hat in Folge der Entscheidung der Aufsichtsbehörden, wonach derselbe nicht gleichzeitig städtischer Ruchmeister und Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung sein kann, sein Amt als Ruchmeister gekündigt.

* Königsberg, 20. Nov. Der im Moskower Saale veranstaltete Bazar zum Besten der Erziehungsanstalt für verwaiste Kinder ist in der That brillant ausgefallen. Der Menschenandrang war gestern bereits so stark, daß selbst der geräumige Moskower Saal nicht im Stande war, alle herbeistromenden Besucher zu fassen. Für einige Tage wird diese Ausstellung nun allerdings pausieren müssen. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag wird nämlich in der Börsehalle ein zweiter Bazar, dessen Ertrag für den Pensionatsfond der deutschen Lehrerinnen bestimmt ist, stattfinden, und es soll während dieser drei Tage die concurrenzlose Ausstellung im Moskower Saale geschlossen bleiben. — Auf der russischen Bahnhofs-Verst. Gr. a. j. (Anschluß an die ostpreuss. Südbahn) ist nunmehr, wie die „Altr. Z.“ meldet, auch der Personen-Verkehr eingestellt. — Bei dem landwirthschaftlichen Institut unserer Universität ist heute ein agriculturchemisches Laboratorium eröffnet worden. — Zur Vertheilung einer regelmäßigen Verbindung zwischen den auf der Bregel belegenen Stadttheilen und dem Kaabahnhof werden gegenwärtig auf der Werft des Schiffbauers Fiedler zwei kleine Dampfer erbaut, welche als Wasser-Dominos zwischen diesen Stadttheilen cursiren sollen.

* Heilsberg, 20. Novbr. Das hiesige Kreisgericht hat am Sonnabend die wegen Vergehens gegen die Maaße durch Verrichtung von Amtsanstellungen in der erledigten Pfarrstelle Roggenbansen angeklagten katholischen Geistlichen sämtlich freigesprochen.

Δ Osterode, 20. Nov. Einer unserer ältesten und geachteten Mitbürger, der Kreisgerichts-Rath Weiser mel, dem der Wahlkreis Osterode-Niederrub. am 27. v. M. ein Mandat für den Landtag anvertraut hatte, ist in der Nacht vom 17. zum 18. d. M. plötzlich am Herzschlag verstorben. Der Wahlkreis betrauert tief das Dahinscheiden seines Abgeordneten, die Stadt Osterode den Verlust eines ihrer besten und ehrenwerthen Bürger. Die Armen und Waisen den Tod ihres fleißigsten Hülfers bereiten Bedauern. Der Verstorbenen war 62 Jahre alt; seine Beisetzung findet Donnerstag, den 23. d. M., auf dem evangelischen Friedhofe hier selbst statt und es werden die Staats- und die künftigen Behörden, die Vereine u. s. w. in corpore demselben das letzte Geleit geben.

k. Wöhrungen, 19. November. Bei der am 18. d. Mts. hier stattgefundenen Wahl der Kreistagsabgeordneten des großen Grundbesitzes sind die Herren Lemke-Rombitten, Glier, Vergehen, Stoppel-Windtzen, v. Lüden, Venadien, v. Reichel-Terpen und Graf v. Finkenstein-Jäkelndorf wiedergewählt und Graf zu Dohna-Cöllmen an Stelle des Herrn Diekmann-Hanswalde neu gewählt worden. — In letzter Zeit ist die rothe Ruhr in epidemischer Weise in einigen Ortsteilen des hiesigen Kreises aufgetreten. — Am 20. d. Mts. beginnen hier die bis zum Freitag künftiger Woche dauernden Schwurgerichts-Sitzungen unter dem Vorsitze unseres Kreisgerichts-Directors Herrn Freinwald.

Vermischtes.

* Jeder (in Oldenburg), 18. Novbr. Am gestrigen Tage wurde dahier der 100jährige Geburtstag des Hiftorikers Chr. Fr. Schloffer feierlich begangen. Obwohl die in Aussicht genommene Ausstellung eines Schlosser-Denkmal noch nicht statt finden konnte, da erst in der allerletzten Zeit durch reichlicher geflossene Beiträge die Ausführung dieses Gedankens sich als möglich erwiesen hat, so hatte sich doch eine Reihe von Gästen aus Nah und Fern in der festlich geschmückten Stadt eingefunden. Die Hauptfeier fand Mittags 12 Uhr in dem Saale des Gasthofes „Zum schwarzen Adler“ statt. Herr Professor Vahle, erster Oberlehrer des hiesigen Marien-Gymnasiums hielt die Festrede. Er brachte darin Schlosser's Entwicklungsgang, so wie insbesondere seine Bedeutung als Geschichtsforscher, Geschichtslehrer und Geschichtsschreiber zur Darstellung. Der Sängerkorps des Gymnasiums sang patriotische Lieder vor. Am Abend vereinigten sich sämtliche Festgenossen zu einem Mahle, bei dem es an ernten und launigen Toasten nicht fehlte. Auch waren Depeschen von Schülern und Verehrern Schlosser's in großer Menge eingelaufen.

Die „Epoca“ berichtet über die in Folge von Beschädigung der Gasleitungen entstandene Feuersbrunst welche am 13. d. M. das Theater del Circo in Madrid gänzlich zerstört hat. Das Theater del Circo war nach dem Teatro de Espada, das älteste in Madrid und fasste ungefähr 1600 Zuschauer. Madrid hat nunmehr nur noch 6 Theater: Teatro Real, teatro del Principe, teatro de Variedades, teatro de Lope de Vega, la Zarzuela, teatro Rossini und den großen Circus (plaza), in welchem die Stiergefächte abgehalten werden.

* Die Delegirten-Versammlung der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger tagt in diesem Jahre am 13. und 14. Dezember in Berlin im Hotel Imperial (früher Armin's Hotel).

— Während im Civil-Staatsdienste die 50jährige Dienst-Jubiläen schon verhältnismäßig selten vorkommen und das 60jährige Jubiläum vollends zu den größten Seltenheiten gehört, ist es unlängst einem Beamten vergönnt gewesen, eine Dienstzeit von 65 Jahren in voller und ungeminderter Thätigkeit zu erreichen. Es ist dies der Geheimre Hofsath Cottel, bisheriger ständiger Hilfsarbeiter im auswärtigen Amt.

— Eine recht unangenehme nächtliche Störung durch die ewig und immer neuerliche Polizei erlebte am vorigen Sonnabend Abends der ehrsame Uhrmacher Trombini im Städtchen Finale unweit Bologna. Derselbe sah nämlich, wie die „Gazzetta dell' Emilia“ meldet, noch spät an diesem Abende in seinem Schlafgemache und prägte emsig deutsche Silbermünzen, als der Polizeileiter seines Ortes in Begleitung mehrerer Sicherheitswachmänner bei ihm eintrat und ihn freundlichst einlud, sein stiller Kämmerchen mit der noch stilleren Zelle im dortigen Gefängnisbanke zu vertauschen.

Paris, Hr. Thibon, ein junger Reporter des „Figaro“, ist zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden, weil er sich für einen Polizei-Commissar ausgegeben hatte, um Erlaubigungen für sein Blatt einzuziehen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 20. Novbr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine höher. — Roggen loco fest, auf Termine höher. — Weizen November-Dezember 126 1/2 1000 Kilo 211 Br., 210 Bd., 210 April-Mai 126 1/2 223 Br., 222 Bd. — Roggen November-Dezember 1000 Kilo 164 Br., 163 Bd., 210 April-Mai 172 Br., 171 Bd. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rübsöl fest, loco 75, 76 Mai 76 200 1/2 74 1/2. — Spiritus fest, 76 100 Liter 100 76 76 November 45, 76 Dezember 45, 76 April-Mai 45, 76 Mai-Juni 45. — Kaffee fest, Umsatz 4000 Sac. — Petroleum behauptet, Standard white loco 22 25 Br., 22 20 Bd., 76 November 22 20 Bd., 76 November-Dezember 22 00 Bd. — Wetter: Regen. Bremen, 20. Novbr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 22 00, 76 Dezember 22 00, 76 Januar 22 25. Fest.

Danziger Börse.

Amstliche Notierungen am 21. November. Weizen loco niedriger, 76 Tonne von 2000 K feingelagert u. weiß 130-136 1/2 212-220 A. Br. hochbunt 129-135 1/2 208-212 A. Br. hellbunt 127-132 1/2 205-210 A. Br. 188-213 1/2 bunt 126-131 1/2 200-205 A. Br. A. bes. roth 128-131 1/2 196-203 A. Br. ordinair 117-134 1/2 180-200 A. Br. Regulirungspreis 123 1/2 tant lieferbar 208 A. Auf Lieferung 76 November 209, 208 A. bes., 76 April-Mai 213 A. Br. u. Bd. Roggen loco fester, 76 Tonne von 2000 K 171 A. ruff. 163 A. 76 120 1/2 bez. Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 165 A. Erbsen loco 76 Tonne von 2000 K Mittel: 148, 149 A. Spiritus loco 76 10,000 A. Liter 50 A. bez. 76 November 53 1/2 A. bes. Frachten vom 14. bis 21. November. Weizen nach Libed 22 A. 76 Last von 5000 K. Tannene Balken nach Barron of Turnock 18 1/2 76 Load. Fichtene Sleeper-Röhre ca. 10s 76 Load und ganze Sleeper nach Granton. Gerade eichene Balken nach Grimsby ca. 20s 76 Load, gerade fichtene Balken nach Grimsby ca. 18s 76 Load. Für Dampfer von Danzig nach Hull 3s 3d am Speicher zu laden, am Holm 3s, nach Antwerpen 3s 3d bis 3s 6d am Speicher, 3s 3d Holm, 3s in Renfrewswharf zu laden. Weizen und Frachtscheine. London, 8 Tage, 20 1/2 Bd., do. 3 Monat 20 3/5 Bd., Amsterdam 8 Tage 168 1/2 Bd., 4 1/2 1/2 Brant. Consolidirte Staats-Anleihe 103 1/2 Bd. 3 1/2 1/2 Brant. Staats-Schuldenscheine 92 1/2 Bd. 3 1/2 1/2 Brant. Westpreussische Pfandbriefe, ritterschaftlich 81 1/2 Bd., 4 1/2 1/2 do. do. 92 1/2 Bd., 4 1/2 do. do. 101 1/2 Bd., 5 1/2 Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 99 1/2 Bd. 5 1/2 Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100 00 Br. 5 1/2 Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101 25 Br. Das Vorsteheramt der Kantmannschaft.

Danzig, den 21. November 1876 Getreide-Börse. Wetter: Frost bei klarer Luft und Süd-Wind. Weizen loco zeigte sich ungeachtet schwacher Zufuhr in flauer Stimmung; man war genöthigt 2 bis 3 A. 76 Tonne weniger gegen gestern für alle Gattungen zu nehmen und doch konnten nur 90 Tonnen verkauft werden. Bezahlt ist für ruffisch roth 123 1/2 188 A., hellfarbig 127 1/2 2 6 A., hellbunt 128 1/2 129 1/2 209 A., hochbunt gläsig 132, 134 1/2 212, 213 1/2 A., weiß 130 1/2 212 A. 76 Tonne. Termine nachgebend, November 209, 208 A. bes. April-Mai 213 A. Br. und Bd. Regulirungspreis 208 A. Gefündigt 100 Tonnen. Roggen loco inländischer fest, 123 1/2 174 A., 127 1/2 177 A., ruffischer etwas theurer, 120 1/2 163 A. 76 Tonne bezahlt und wurden 40 Tonnen gekauft. Termine ohne Angebot. — Erbsen loco Mittel: 148, 149 A. 76 Tonne bezahlt. — Spiritus loco zu 50 A., Novbr.-Lieferung zu 53 1/2 A. 76 10 000 Liter ist gehandelt.

Kaufwasser, 20. Novbr. Wind: SED. Gefegelt: Jantina, v. Wyl, Dordrecht, Holz. — Christian, Gwert, Ropengagen, Holz. — Ceres (SD.), Wulf, Stettin, Getreide.

21. November. Wind: ED. Gefegelt: Argo (SD.), Marshall, Hull, Getreide und Bier.

Nichts in Sicht.

Thorn, 20. Nov. Wasserstand: 2 Zoll. Wind: D. Wetter: bewölkt, Frost. Auf dem Weichselstrom hier selbst ziemlich starker Eisgang. In Folge dessen die Schifffahrt in diesem Jahre als beendet zu betrachten sein dürfte, falls nicht in kürzester Zeit wieder Thauwetter eintreten sollte.

Stromab. Sämtlich am 19. Novbr. in Thorn angekommen. Barnasjenski, Ostrowski, Warschan, Thorn, 1 Kahn, 383 Kt. 15 A. Roggen, 924 Kt. 63 A. Hafer. Greiser, Ostrowski, Grünbaum, Warschan, Thorn, 1 Kahn, 1030 Kt. Roggen, 225 Kt. 49 A. Delfsch. Feingold, Feingold, Bachmoff, Thorn, 4 Galler, 1200 Kt. Weizen, 450 Kt. Roggen, 600 Kt. Gerste, 100 Kt. Rübsaat. Frits, Moudrijenski, Lenzen, Thorn, 6 Galler, 800 Cubikmeter Brennholz. Jants, Moudrijenski, Lenzen, Ofiel, Thorn, 7 Galler, 880 Cubikmeter Brennholz.

Meteorologische Beobachtungen.

Barometer-Stand in par. Linien. Thermometer im Freien. Wind und Wetter.

20 4 237,57 — 2,3 ED., flau, bezogen. 21 8 238,36 — 7,5 ED., flau, hell, klar. 12 238,77 — 4,6 S., flau, hell, klar.

Beilage zu No. 10056 der Danziger Zeitung.

Danzig, 21. November 1876.

Danzig, 21. November.

* Mit dem gestrigen Tage ist nunmehr auch zwischen Danzig und Neufahrwasser die Stromschiffahrt geschlossen worden.

* Laut neuerer Anordnung soll die Entscheidung darüber, ob und wie die Benutzung der Schullocalen zum katholisch-kirchlichen Beicht- und Communion-Unterricht zu gestatten sei, zunächst den betreffenden Schulvorständen in Gemeinschaft mit dem Local-Schulinspector zustehen, welchen die Beachtung der vom Minister bezeichneten Gesichtspunkte, daß durch solche Benutzung der Schulunterricht in keiner Weise beeinträchtigt werden darf und kein Verdacht vorliege, daß ein von Ertheilung des schulplanmäßigen Religions-Unterrichts ausgeschlossener katholischer Geistlicher den Unterricht benutzen wolle, um den schulplanmäßigen Unterricht zu ersetzen, besonders zur Pflicht gemacht wird. Nur wenn die erbetene Einräumung der Schullocalen versagt wird, oder die Benutzung unter Nichtbeachtung der gegebenen Einschränkungen bewilligt werden sollte, sind die Verhandlungen unter allseitiger Darlegung des Sachverhalts den Regierungen zur Entscheidung vorzulegen.

* Der § 309 der Strafprozeßordnung vom 25. Juni 1867 bestimmt, daß die Ersatzgeschworenen an der Berathung, so lange sie nicht an Stelle von Hauptgeschworenen getreten sind, keinen Antheil nehmen. Von einem Schwurgericht wurde diese Bestimmung dahin interpretirt, daß Ersatzgeschworene an der Berathung nicht Theil nehmen, wohl aber ihr beiwohnen dürfen. Diese Auffassung erklärt jedoch das Ober-Tribunal für rechtsirrtümlich. Der Ersatzgeschworene darf nicht, ohne in legaler Weise an die Stelle eines Hauptgeschworenen getreten zu sein, der Berathung und Abstimmung der 12 Hauptgeschworenen im Rathungszimmer beiwohnen; ein Verstoß dagegen hat die Nichtigkeit des Verfahrens zur Folge.

— Ueber die Beendigung der Schulpflicht ist dieser Tage eine bemerkenswerthe Entscheidung des Unterrichtsministers ergangen, worin ausgeführt wird, daß in dem aus Anlaß eines Specialfalls erlassenen diesfälligen Urtheil des Obertribunals d. d. 17. Novbr. v. J. keine genügende Veranlassung vorliegt, die deshalb in einzelnen Landestheilen bestehenden Anordnungen abzuändern, es vielmehr für zweckmäßiger zu erachten sei, die erwähnten Bestimmungen bis zur anderweiten Regelung der Dauer der Schulpflicht durch das Unterrichtsgesetz in Kraft zu belassen.

— z. Elbing, 20. Nov. Es ist richtig, daß die Erkenntnis des „sosios habuisse malorum“ nur ein schlechter Trost ist. Die jüngste Notiz Ihrer Zeitung, daß auch in Danzig die Zahl derjenigen Steuerpflichtigen eine bedenklich große, von welcher selbst die Klassensteuer nicht beizutreiben ist, zeigt uns Elbingern indessen, daß wir unter dem Zurückgehen der wirtschaftlichen Verhältnisse doch nicht in so viel höherem Grade als andere Städte leiden, wie man das bei dem Stillliegen der hier befindlichen Großindustrie wohl annehmen konnte. Drohend genug sieht die Zukunft unseres städtischen Haushalts allerdings aus. Sind

doch schon für dieses Jahr die Schulbauten unterblieben und hat doch der städtische Wald schon erhalten müssen, um das nothwendige Geld zur Verzinsung und Amortisation der alten Kriegsschuld aufzutreiben. Die Schulbauten lassen sich, wenn auch zum Schaden der betreffenden Eltern und Kinder, wohl noch einige Jahre aufschieben, der außerordentliche Hieb der städtischen Forsten ist aber ein Gewaltmittel, das in langen Jahren nicht wieder angewendet werden kann. So wird denn für die nächsten Jahre, bei aller Einschränkung der Ausgaben, nichts Anderes übrig bleiben, als die zur Balancirung des Etats nöthigen Summen durch eine Erhöhung der directen Einkommensteuer herbeizuschaffen. Die Erkenntnis dieser Nothwendigkeit, die in der Bürgerschaft allgemein verbreitet ist, hat naturgemäß die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Modus der bisherigen Veranlagung gelenkt und den Wunsch geregt, eine Zusammenstellung der Einnahmen mit Angabe ihrer Steuerbeträge durch den Druck veröffentlicht zu lassen. Nachdem der Magistrat diesem Wunsche nachgegeben, stellte sich in der That heraus, daß erstens manche schroffen Ungleichheiten in der Veranlagung vorliegen und zweitens, daß eine Ueberbürdung der Bürgerschaft durch zu hohe Einschätzung im Allgemeinen nicht vorliegt. Es erscheint somit die Hoffnung gerechtfertigt, durch eine stärkere Heranziehung der bisher mäßig eingeschätzten Bürger, die bei den untersten Stufen unzweifelhaft eintretenden Ausfälle decken und die nöthigen Summen zur erfolgreichen Weiterführung der städtischen Verwaltung beschaffen zu können.

●● Schweg, 19. Novbr. Die Verkehrsverhältnisse mit unserer Nachbarstadt Culm sind wieder allmählig in's Stoden gerathen. Die sogenannte fliegende Fähre ist abgeschwenkt und es wird der Traject nur per Kahn bewerkstelligt. Die Posten von Culm gehen nur bis an den Strom, woselbst die Passagiere und Postkassen für den diesseits etablirten Post-Relais übergeben werden. Der Personen-Postverkehr von hier nach Culm ist bis auf Weiteres ganz eingestellt worden. Falls nicht bald eine Eisenbahn gegossen werden kann, müssen sämtliche Postkassen von diesseits den Weg über Dirschau oder Thorn machen. Hoffentlich wird die neue Eisenbahnbrücke bei Graubenz diesen Calamitäten, wenn auch nicht ganz, so doch theilweise ein Ende machen. — Es ist kaum glaublich, auf welche Ideen manche Schwindler kommen, um sich Geld zu verschaffen. Vor einigen Tagen trieb sich ein Individuum in unserer Niederung umher, das sich bei fast sämtlichen Besitzern vom 1. Januar k. J. verbindet. Das sogenannte Miethsgeld, in der Regel 5—6 M., wurde ihm ohne Anstand gezahlt, da sich der Schwindler bereit erklärte, sein Führungs-Attest zurückzulassen. Diese Atteste, von denen er entweder einen großen Vorrath besitzen muß, oder welche er selbst auffertigt, sind alle mit dem Siegel einer Gemeinde beglaubigt (?) und der Unterschrift eines Amtsvorstehers Vöring versehen. Nachdem man diesem Strolch bereits auf die Fährte gekommen, verschwand er und soll jetzt in der Culmer Niederung sein Geschäft weiter fortsetzen. — Um den armen Wittwen und Waisen

insbesondere aber bedürftigen Schulkindern in der bisherigen Weise wieder eine Weihnachtsbescherung bereiten zu können, veranstaltet der hiesige Vaterländische Kreis-Frauen-Verein auch in diesem Jahre eine Weihnachts-Lotterie, von deren Ertrag ein Theil zur Stiftung eines simultanen Waisenhauses verwandt werden soll. — Die ordentlichen Sitzungen des Schwurgerichts für die Kreise Culm, Graubenz und Schweg beginnen im Laufe des Jahres 1877 am 15. Januar, 12. März, 28. Mai und 1. October.

* Braunsberg, 21. Novbr. Am Sonnabend wurde auf dem benachbarten Gute Regitten ein taubstummer Knecht von einem Mithnechte, mit welchem er in Streit gerathen war, durch einen Messerstich in den Hals getödtet.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M. 20. November. Effecten-Societät. Creditanleihe 109½, Franzosen 207½, Lombarden 63, 1860er Loose 92, Silberrente 52½, Papierrrente 48½, Galizier 156½, Reichsbank 149½. Bismarck fest.

Amsterdam, 20. Novbr. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, auf Termine höher, 7½ März 319, 7½ Mai —. Roggen loco und auf Termine höher, 7½ März 207, 7½ Mai 209. — Raps loco —, 7½ Herbst 425 Fl. 7½ Frühjahr 438 Fl. — Rübsöl loco 41, 7½ Herbst 40½, 7½ Mai 43.

Wien, 20. Novbr. (Schlußcourse.) Papierrrente 60,40, Silberrente 65,60, 1854r Loose 103,00 Nationalb. 814,00, Nordbahn 1760, Creditanleihe 138,50, Franzosen 260,50, Galizier 196,00, Kaschau-Oderberger 82,50, Pardubitzer —, Nordwestbahn 118,00, do. Lit. B. —, London 127,60, Hamburg 62,00, Paris 50,55, Frankfurt 62,00, Amsterdam 105,75, Creditloose 155,00, 1860r Loose 106,50, Lomb. Eisenbahn 78,25, 1864r Loose 137,50, Unionsbank 48,50, Anglo-Austria 68,00, Napoleone 10,16, Dukaten 6,10, Silbercoupons 112,75, Elisabethbahn 136,50, Ungarische Prämienloose 66,00, Deutsche Reichsbanknoten 62,60, Türkische Loose 11,60.

London, 20. Novbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen fest, fremder ½—1 sh. theurer, als vergangener Montag, angekommene Ladungen stetig. Andere Getreidearten stetig. — Die Getreidezufuhren vom 11. bis zum 17. November betrugen: Englischer Weizen 3537, fremder 36 223, engl. Gerste 1981, fremde 15 834, engl. Malzgerste 17 401, fremde —, engl. Hafer 1110, fremder 71 866 Orts. Engl. Mehl 18 157 Sack, fremdes 6423 Sack und 2477 Faß. — Wetter: Kalt.

London, 20. Novbr. [Schluß-Course.] Confol 95½, 5½ Italienische Rente 69½, Lombarden 6½, 3½ Lombarden-Prioritäten alte 9½, 3½ Lombarden-Priorit. neue —, 5½ Russen de 1871 79½, 5½ Russen de 1872 79, Silber 54, Türkische Anleihe de 1865 10½, 5½ Türken de 1869 11½, 5½ Vereinigte Staaten 7½ 1885 163½, 5½ Vereinigte Staaten 5½ fundirte 106½, Oesterreichische Silberrente —, Oesterreichische Papierrrente —, 6½

ungarische Schatzbonds 77½, 6½ ungarische Schatzbonds 2 Emission 75½, Spanier 13½, 6½ Bernaner 18½, Russen de 1873 80½. — Aus der Bank flossen heute 115 000 Pf. Sterl. Platzdiscont 1½.

Liverpool, 20. Nov. [Wanmwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 6½, middling amerikanische 6½, fair Dhollerah 4½, middl. fair Dhollerah 4½, good middl. Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 4½, fair Bengal 4½, good fair Broach —, new fair Domra 4½, good fair Domra 5½, fair Madras 4½, fair Pernam 6½, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6½. — Stetig. Amerikaner auf Zeit ½ höher. Amerikaner aus irgend einem Hafen alte Ernte Januar-Februar-Lieferung 6½, neue Ernte November-Dezember-Verschiffung 6½.

Paris, 20. Nov. (Schlußbericht.) 3½ Rente 70,02½, Anleihe de 1872 104,07½, Italienische 5½ Rente 69,65, Ital. Tabak-Actien —, Italienische Tabak-Obligationen —, Franzosen 518,75, Lombardische Eisenbahn-Actien 156,25, Lombardische Prioritäten 235,00, Türken de 1865 10,90, Türken de 1869 58,00, Türkenloose 34,00, Credit mobilier 153, Spanier extér. 13½, do. inter. 11½, Sociétés generale 515, Credit foncier 730, Egypter 243. — Wechsel auf London 25,16. — Unentschieden, Schluß matt.

Paris, 20. Novbr. Productenmarkt. Weizen fest, 7½ November 27,75, 7½ Dezember 28,00, 7½ Januar-Februar 28,75, 7½ Januar-April 29,25, Mehl beht., 7½ November 60,75, 7½ Dezember 62,00, 7½ Januar-Februar 62,50, 7½ Januar-April 63,50, Rübsöl matt, 7½ November 90,00, 7½ Dezember 90,50, 7½ Januar-April 93,50, 7½ Mai-August 94,25, Spiritus steig., 7½ November 67,00, 7½ Januar-April 69,25. — Wetter: Bedeckter Himmel.

Antwerpen, 20. Nov. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen steigend. Hafer behauptet. Gerste steigend. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 55½ bez. und Br., 7½ November 55½ Br., 7½ Dezember 54½ bez. und Br., 7½ Januar 54 Br., 7½ Januar-März 52 Br. — Ruhig.

Productenmärkte.

Königsberg, 20. Nov. (v. Portatius & Brothe.) Weizen 7½ 1000 Kilo hochbunter 131½ 209,50, 131½ 211,75 M. bez., russ. 120½ 194 M. bez., rother 132½ 205,75 M. bez., russ. 128½ 178,75 M. bez. — Roggen 7½ 1000 Kilo inländischer 120/18 162,50, 122½ 165, 127 8½ 170 M. bez., fremder 113/48 geb. 137,50, 118½ 145, 146 25, 120½ 151,25 M. bez., November 152½ M. Br., 150 M. Gd., Frühjahr 162½ M. Br., 161 M. Gd., Mai-Juni 165 M. Br., 162½ M. Gd. — Gerste 7½ 1000 Kilo große 134,25, 148,50 M. bez., kleine russ. 110 114,25 M. bez. — Hafer 7½ 1000 Kilo loco 129, 130, 134, 140, 144, russ. 126, 128, schwarz 131, 132 M.

bez. — Erbsen für 1000 Kilo weiße 135,50, 138,75, 140 M. bez., graue 175,50 M. bez., grüne 184,50 M. bez. — Bohnen für 1000 Kilo 155,50 M. bez. — Weizen für 1000 Kilo 155,50 M. bez. — Buchweizen für 1000 Kilo 120,50 M. bez. — Leinsaat für 1000 Kilo feine 214,25, 225,75 M. bez., mittel 185,75 M. bez. — Rübsen für 1000 Kilo Dotter 227,75 M. bez. — Spiritus für 10 000 Liter ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 53 1/2 M. bez., November 53 1/2 M. bez., Dezember 54 M. Br., 53 1/2 M. Gd., Januar 54 1/2 M. Br., 53 1/2 M. Gd., Februar 55 M. Br., 54 M. Gd., März 56 M. Br., 55 1/2 M. Gd., Frühjahr 57 M. bez., Mai-Juni 58 1/2 M. Br., November-März 54 1/2 M. Br., 54 M. Gd.

Stettin, 20. November. Weizen für November-Dezember 213,00 M., für April-Mai 222,50 M. — Roggen für November-Dezember 161,00 M., für Dezember-Januar 162,00 M., für April-Mai 168,00 M. — Rüböl 100 Kilogr. für November-Dezember 70,50 M., für April-Mai 74,00 M. — Spiritus loco 53,00 M., für November-Dezember 53,30 M., für

April-Mai 56,00 M. — Rübsen für April-Mai 342,00 M. — Petroleum für November 24-24,25 M. bez., Regulierungspreis 24,25 M., für November und November-Dezember 24,25 M. Br., für Dezember-Januar 24,5 M. bez. und Br., für Januar 24,5 M. bez. — Speck, longback 57 M. verst. bez. — Talg, Russ. Seifen 48 M. bez. — Piment 43 M. tr. bez.

Berlin, 20. November. Weizen loco für 1000 Kilogramm 120-235 M. nach Qualität gefordert, für November 215,00-216,5-216,00 M. bez., für Novbr.-Dezbr. 215,00-216,5-216,00 M. bez., für Dezbr.-Januar — M. bez., für April-Mai 222,00-224,00-223,00 M. bez., für Roggen loco für 1000 Kilogr. 160-193 M. nach Qual. gef., für Novbr. 166,5-168,00-166,5 M. bez., für Novbr.-Dezbr. 166,5-168,00-166,5 M. bez., für Dezbr.-Januar 166,5-167,5-166,5-166,5 M. bez., für Februar-März — M. bez., für April-Mai 171,00-173,5-172-173 M. bez., für Mai-Juni 170-172,5-171-172 M. bezahl. — Gerste loco für 1000 Kilogr. 135-180 M. nach Qual. gef. — Hafer loco für 1000 Kilogr. 135-175 M. nach Qual. gef. — Erbsen

loco für 1000 Kilogr. Roggenwaare 166-200 M. nach Qual., Futterwaare 158-165 M. nach Qual. bez. — Weizenmehl für 100 Kilogr. brutto unverf. incl. Sad No. 0 28,50-26,50 M., No. 0 und 1 26,50 bis 25,50 M. — Roggenmehl für 100 Kilogr. unverf. incl. Sad No. 0 25,00-23,50 M. No. 0 u. 1 23,25-22,00 M., für Novbr. 24,00-23,90 M. bez., für Novbr.-Dezbr. 23,80-24,00-23,85 M. bez., für Dezbr.-Januar 23,80-24,00-23,85 M. bez., für Januar-Februar 23,00-24,00-23,85 M. bez., für Febr.-März 23,80-24,00-23,85 M. bez., für März-April 24,00-24,15 M. bezahl., für April-Mai 24,00-24,30-25 M. bezahl. — Leinöl für 100 Kilogramm ohne Faß 60,00 M. bez. — Rüböl für 100 Kilogr. loco ohne Faß 73,00 M. bez., für Novbr. 73,00-73,8 M. bez., für Novbr.-Dezember 73,00-73,8 M. bez., für Dezember-Januar 73,00-73,8 M. bez., für Januar-Februar — M. bez., für April-Mai 74,00-75,00 M. bez., für Mai-Juni 74,3-75,2 M. bez. — Petroleum raff. für 100 Kilogr. mit Faß loco 47,5 M. bez., für November 46,2-46,00 M. bez., für November-Dezember 46,00 M. bez.,

für Dezember-Januar 45,6 M. bez., für Januar-Februar 45,00-44,7 M. bez., für Februar-März 43,00 M. Br., für April-Mai 40,2-40,3 M. bezahl. — Spiritus für 100 Liter à 100 M. = 10,000 M. loco ohne Faß 55,00-55,1 M. bez., ab Speicher — M. bez., mit Faß für November 54,7-55,6-55,5 M. bez., für November-Dezember 54,7-55,6-55,5 M. bez., für Dezbr.-Januar — M. bez., für April-Mai 57,7-58,6-58,5 M. bez., für Mai-Juni 58,00-58,9-58,8 M. bez.

Kartoffelstärke.

Berlin, 18. Novbr. Bezahlt wurde für Prima centrifugirte chemisch reine Kartoffelstärke, auf Horden getrocknet, disponible 13,50 bis 13,75 M., für Dezember-Januar 13,25-13,50 M., Prima Mehl 13,75 bis 14 M., für Dezember-Januar 13,75 M. Prima Kartoffelstärke und Mehl, chemisch gebleicht oder mechanisch getrocknet, disponible 13,50-13,75 M., für Dezember-Januar 13,25-13,50 M., Alles für 50 Kilogramm. Prima Mittelqualitäten durchschnittlich 1 M. billiger. (Schl. Bg.)

Berliner Fondsbörse vom 20. November 1876.

Der gestrige Privatverkehr eröffnete in reservirter Haltung und ermattete auf die Nachricht, daß Rußland 100 Millionen Rubel Bankbills emittirt.

Heute war die Börse anfänglich bewegt, vermochte aber nicht eine bestimmte Richtung dauernd zu verfolgen. Die Gesamthaltung blieb fast bis zum Schluß eine schwankende. Die russische Emission von Schatzscheinen blieb im Allgemeinen einflusslos, da sie die fremden Börseplätze nicht in Anspruch nimmt, vermehrte indeß den Verkehr in den hier gangbaren russi-

schen Anleihen. Von der Mittheilung, betreffend eine Grenzverletzung seitens der Türken, nahm die Börse wenig Notiz. Die internationalen Speculationspapiere änderten gegen die Vorlage die Course nur wenig. Zu bemerken bleibt, daß österreichische Credit-Actien sich hier höher als in Wien ausrechnen. Die österreichischen Nebenbahnen trugen einen sehr matten Charakter und kamen fast sämmtlich mit mehr oder weniger großen Coursreductionen zur Notiz. Von den localen Speculationseffecten zeichneten sich Disconto-Commanbit durch

eine recht feste Stimmung aus. Mit ermäßigtem Course beginnend, veranlaßte später rege Kauflust eine entsprechende Courssteigerung. Dortmund Union matt und gedrückt. Auswärtige Staatsanleihen gingen sehr lebhaft um und besonders ist dies von österreichischen Renten und 1860er Loosen zu sagen. Die Coursebewegung war fast bei allen diesen Werthen die gleiche. Etwas niedriger einsehend, schnellten die Notirungen bald darauf fast rapide in die Höhe, um dann später langsam wieder etwas nachzulassen. Italiener zeigten

sich ebenfalls nicht unbelebt, wogegen Türken eher vernachlässigt blieben. Russische Werthe wurden ebenfalls sehr lebhaft umgesetzt. Im Ganzen hat zwar das Course-niveau keine bedeutende Veränderungen erfahren. Nur für 5 % Anleihen schwankte die Notiz mehrfach hin und her. Preussische und andere deutsche Staatspapiere ziemlich fest, Eisenbahnprioritäten eher matt und ohne größeren Verkehr. Auch auf dem Eisenbahn-Actienmarkt war die Haltung schwankend, Bankactien sehr still und wenig fest. Industriepapiere meist geschäftlos.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.			Hypotheken-Pfandbr.			Ausländische Fonds.			Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.			Ank.-M.-St.-Pr.			Ank.-M.-St.-Pr.			Ank.-M.-St.-Pr.		
Consolidirte Anl.	4 1/2	103,75	Ant. Pfd. Pr.-St.	5	100,50	do. Präm.-A. 1864	5	133	Berlin-Hamburg	177,25	10	do. Präm.-A. 1866	5	132	Berlin-Nordbahn	—	0	do. Präm.-A. 1868	5	131
Br. Staats-Anl.	4	95,75	Ant. Pfd. Pr.-St.	5	102,60	do. do. von 1866	5	132	Berlin-Nordbahn	—	0	do. do. von 1868	5	132	Berlin-Nordbahn	—	0	do. do. von 1870	5	131
Staats-Schuldch.	3 1/2	93	Cent. Bd. Gr.-Pfd.	5	105	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	73,25	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	73,25	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	73,25
Pr. Präm.-A. 1865	3 1/2	136	do. do.	4 1/2	97,60	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Landch.-Pfdbr.	4	95	do. do.	4 1/2	100,10	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Österr.-Pfdbr.	3 1/2	83,50	Danz. Hyp.-Pfdbr.	5	—	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. do.	4	94,50	Wett. Präm.-Pfd.	5	107	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. do.	4 1/2	101,20	Comm. Hyp.-Pfdbr.	5	101	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Comm. Pfandbr.	3 1/2	82	II. u. IV. Gr.-Pfd.	5	100	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. do.	4	93	III. Gr.-Pfd.	5	100	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. do.	4 1/2	101,60	Stett. Nat. Hyp.	5	101,25	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Stettin	117,75	9	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Rosensche neue do.	4	93,50	Ausländische Fonds.			do. do. von 1866	5	133	Berlin-Hamburg	177,25	10	do. do. von 1868	5	132	Berlin-Nordbahn	—	0	do. do. von 1870	5	131
Westpreuss. Pfdbr.	3 1/2	82	Deferr. Pap.-Rente	4 1/2	48,50	do. do. von 1868	5	132	Berlin-Nordbahn	—	0	do. do. von 1870	5	131	Berlin-Nordbahn	—	0	do. do. von 1872	5	130
do. do.	4	93,25	do. Silber-Rente	4 1/2	52,30	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	73,25	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	73,25	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	73,25
do. do.	4 1/2	100,90	do. do. 1854	4	89,75	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. II. Ser.	5	—	do. Cred.-L. v. 1858	—	285,50	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. do.	4 1/2	100	do. do. v. 1860	5	92,10	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. neue	4	—	do. do. v. 1864	—	248	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. do.	4 1/2	—	Ungar. Eisenb.-Anl.	5	64,10	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
do. do. II. S.	4 1/2	100	Ungarische Rente	5	130	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Comm. Rentenbr.	4	94,40	do. Schatzanw. II.	6	75,10	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Rosensche do.	4	94,30	Russ.-Egl. Anl. 1822	5	78,60	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Preussische do.	4	94,30	do. do. Anl. 1829	5	—	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Bad. Präm.-Anl. von 1867	4	116,80	do. do. Anl. 1862	5	80	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Bayer. Präm.-A.	4	119,50	do. do. von 1870	5	80	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Braunsch. Pr.-A.	—	81,90	do. do. von 1871	5	80	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Rhein.-Wd.-Pr.-S.	3 1/2	107,40	do. do. von 1872	5	80	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Rmdg. 50rtl. Rente	3	171,75	do. do. von 1873	5	80	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Reichs-Pr.-Anl.	3 1/2	169,25	do. Conf.-Dbl. 1875	4 1/2	73,75	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
Dödenburg. Rente	3	132	Russ. Stiegl. 5. Anl.	5	—	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50
			do. Stiegl. 6. Anl.	5	—	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50	Berlin-Nordbahn	—	0	Russ. Bod. Gr.-Pfd.	5	74,50